

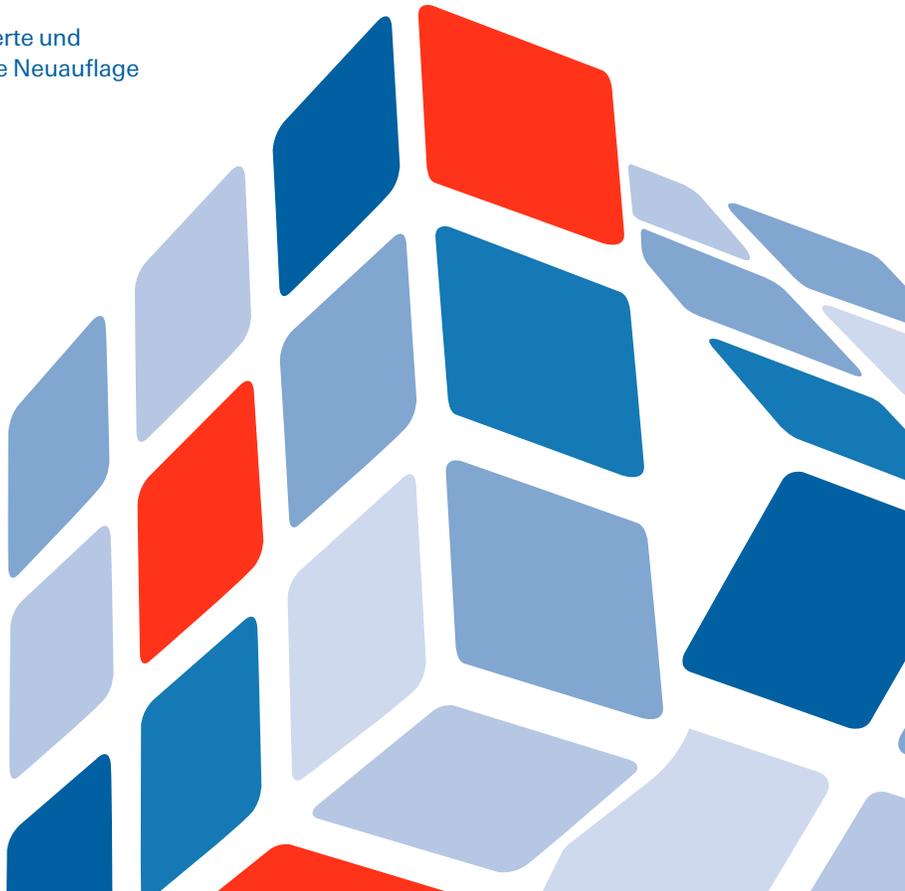
PARTEIEN UND DEMOKRATIE

NATIONAL- KONSERVATIV UND MARKTRADIKAL

**EINE POLITISCHE EINORDNUNG
DER «ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND»**

FELIX KORSCH UND VOLKMAR WÖLK

Aktualisierte und
erweiterte Neuauflage



INHALT

Homophober Testballon	3
Politiken der Exklusion	5
Marktradikal und national-konservativ	8
Geringer Gebrauchswert des Populismusbegriffs	10
Nationalismus ist nicht Anstrich, sondern Kern der AfD	15
Parteientwicklung im rechten Spannungsfeld	17
Personelle Verbindungen zur extremen Rechten	18
Wer wählt die AfD?	22
Zauberwort «Identität»	24
Exklusion als Klammer	25
Demokratie-Modell Schweiz	27
Innere Sicherheit: Marke «Law and Order»	29
Literatur	32

Knapp zwei Jahre nach ihrer Gründung ist die «Alternative für Deutschland» (AfD), die erklärtermaßen gegen die «etablierten» Parteien antreten wollte, selbst im parlamentarischen Betrieb angekommen. Bereits zur Europawahl am 25. Mai 2014 erzielte sie mit ihrem Bundesschnitt von 7,1 Prozent einen Achtungserfolg. Seitdem ist sie mit sieben Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Es folgten am 31. August die Landtagswahl in Sachsen (9,7 Prozent) sowie am 14. September die Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg (10,6 bzw. 12,2 Prozent).

Überholt ist seitdem die Fragestellung, ob eine solche Neugründung – vielfach als «rechts von der Union» verortet – Randerscheinung bleiben wird oder erfolgreich sein kann. Unzweifelhaft ist der zweite Fall eingetreten. Dieser Fall aber ist im bundesrepublikanischen Parteiensystem singulär. Mit ihm verbinden sich naheliegende Fragen nach den Erfolgsbedingungen der AfD *und* den wo-

möglich nachhaltigen Folgen für das parlamentarisch relevante Parteienspektrum. Galt nicht bisher das Strauß'sche Bonmot, wonach «rechts von der Union» nur noch die Wand komme? Und könnte sich nunmehr herausgestellt haben, dass ein Irrtum um diese Demarkation vorlag oder der Erfolg der AfD gar eine neue politische «Raumteilung» darstellt?

Die Komplexität der Fragen, die sich von den jüngsten Erfolgen der AfD ableiten, ist dem öffentlichen Diskurs über diese Partei anzusehen: Er ist angewiesen auf die Beobachtung einer neuen parlamentarischen Kraft *in the making*. Die Beobachtung ist begrenzt dadurch, dass sie von der Finalität dieses Entwicklungsprozesses noch nichts ahnen kann. Dies bedingt eine weitgehende Unsicherheit in der Charakterisierung der Partei, verstärkt noch durch deren inhaltliche Widersprüche. Möglich ist es einstweilen, diesen Entwicklungsprozess in seiner Ambivalenz nachzuzeichnen.

Die AfD reüssierte zunächst durch ihre «radikal euro(pa)skeptische Botschaft» (Plehwé 2014: 63). Ein Umstand, der bis heute dazu verleitet, sie für eine Single-Issue-Partei zu halten und darin das Menetekel des Rechtspopulismus zu erkennen. Dies hat sich bereits als Missverständnis herausgestellt. Denn die Partei verzichtet zwar nach wie vor auf ein Programm und ist damit ein Kuriosum innerhalb der deutschen Parteienlandschaft; das heißt aber nicht, dass seit Gründung im Frühjahr 2013 keine inhaltliche Entwicklung stattgefunden hätte. Tatsächlich ist die AfD heute keine Ein-Punkt-Partei mehr – sie beschränkt sich nicht auf die Agitation gegen die Europäische Union. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich gar, dass dies nicht einmal ihr zentrales Anliegen ist, vielmehr haben sich ihre politischen Schwerpunkte diversifiziert. Worum also geht es der AfD, und wie ist sie demnach zu verorten?

Erste Anhaltspunkte finden sich im Ländle. Im November 2012 hatte das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2013) ein Arbeitspapier zur «Bildungsplanreform 2015» vorgelegt. Ein Aspekt ist dabei die Vermittlung der «Akzeptanz sexueller Vielfalt» im Schulunterricht mit dem Ziel des «vorurteilsfreien Umgang[s] mit der eigenen und anderen sexuellen Identitäten», mit abweichenden Beziehungsformen und Lebensweisen (ebd.: 9, 11). Den Bildungsplan würde fast niemand kennen, wäre nicht kurz darauf eine Online-Petition gestartet worden, die binnen zweier Monate mehr als 190.000 Personen unterzeichneten. Unter dem Titel «Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens» wird eine «Überbetonung einzelner Gruppen»

kritisiert: Es fehle im Bildungsplan eine «ethische Reflexion der negativen Begleiterscheinungen» abweichender Lebensstile, etwa «höhere Suizidgefährdung unter homosexuellen Jugendlichen, die erhöhte Anfälligkeit für Alkohol und Drogen, die auffällig hohe HIV-Infektionsrate bei homosexuellen Männern», schließlich auch «das ausgeprägte Risiko psychischer Erkrankungen bei homosexuell lebenden Frauen und Männern». Es würden «Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle abgeleitet, die es nach dem Grundgesetz nicht gibt», denn das beziehe sich – exklusiv – auf «Ehe und Familie als demokratische Errungenschaft».¹

Mit dem Text des Bildungsplans haben diese Anwürfe wenig zu tun. In einer ersten Fassung der Petition war noch deutlicher von einer «Umerziehung», von «Indoktrinierungs- und Missionierungsversuchen» die Rede (vgl. Müssigmann 2014). Der Tenor aber blieb auch in der entschärften Variante eindeutig: Gleichberechtigung soll es nicht geben. Hinter der Petition stand ein Realschullehrer aus dem Schwarzwald, ein evangelikaler Christ. Zuspruch erhielt die Petition beispielsweise über die offizielle Homepage der Piusbruderschaft und die extrem rechte Website «Politically Incorrect», die den Bildungsplan schlicht als «schwul» bezeichnete.²

¹ Vgl. Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens, unter: www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens. ² Vgl. Diözesanrat für Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens (20.1.2014), unter: <http://pius.info/archiv-news/892-kirchenkrise/8588-dioezesanrat-fuer-bildungsplan-unter-der-ideologie-des-regenbogens>, und OpenPetition klaut über 8.000 Unterschriften gegen den schwulen grünroten Bildungsplan (18.1.2014), unter: www.pi-news.net/2014/01/openpetition-klaut-ueber-8000-unterschriften-gegen-den-schwulen-gruenroten-bildungsplan/.

Auch die Plattform «Freie Welt» hat Partei ergriffen: In einem dort veröffentlichten Artikel wird insinuiert, im Zuge des Bildungsplans würden «homosexuelle [...] Praktiken künftig verstärkt an Schulen gelehrt [!] werden».³ «Freie Welt» wird dem AfD-nahen Netzwerk «Zivile Koalition» zugerechnet. Und tatsächlich gehörte die baden-württembergische AfD zu den Unterstützern der Petition, ihre Mitglieder wurden ausdrücklich um Mitzeichnung gebeten.

In einer unter anderem durch die rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* zitierten Verbandsmitteilung der AfD heißt es, beim Bildungsplan handele es sich um «eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne an allgemeinbildenden Schulen»,⁴ denn für den «höchst sensiblen Bereich der Sexualität» seien in «erster Linie» die Eltern verantwortlich. Noch deutlicher wurde das Online-Journal des Landesverbandes Baden-Württemberg der AfD, das eines seiner Vorstandsmitglieder mit der Drohung zitiert, Kinder «von sämtlichen staatlichen Schulen fernhalten» zu wollen, in denen der Bildungsplan umgesetzt wird.⁵ Der Furor gegen den Bildungsplan sei schließlich eine Prinzipienfrage: «Die Alternative für Deutschland steht für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.» Dass die AfD derart zur Protagonistin einer homophoben Kampagne geworden war, musste irritieren. Galt sie nicht bis dahin als prononcierte Anti-Euro-Partei, die – vielleicht nur vorübergehend – politisches Kapital aus der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise ziehen konnte?

Die homophobe Petition weist auf eine bislang für unwahrscheinlich gehaltene Entwicklung hin, die nicht nur Baden-Württemberg betrifft. Tatsächlich kommt

mehr als die Hälfte der PetentInnen überhaupt nicht aus der entscheidenden Quorumsregion, sondern zu großen Teilen aus Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Im Hinblick auf Ostdeutschland fällt auf, dass überproportional viele UnterzeichnerInnen aus dem Bundesland Sachsen stammen. Dort haben nicht nur evangelikale Gruppen besonders im Erzgebirge und im Vogtland eine starke Basis. Vielmehr handelt es sich bei Sachsen auch um eine Hochburg der AfD, die hier bereits bei der Bundestagswahl 2013 mit 6,8 Prozent am allerbesten abgeschnitten hatte. Zu den sächsischen PetitionsunterzeichnerInnen zählten mehrere Kreisvorsitzende der AfD, mit Ulrich Oehme (Chemnitz) auch ein ehemaliger Vize-Landesschriftführer der Partei «Die Freiheit».

³ Vgl. Bildungsplan 2015: kritischer Lehrer angezeigt (10.1.2014), unter www.freiewelt.net/nachricht/bildungsplan-2015-kritischer-lehrer-angezeigt-10020866/. ⁴ Vgl. AfD unterstützt Petition gegen Gender-Lehrplan, in: *Junge Freiheit*, 15.1.2014, unter: <http://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2014/afd-unterstuetzt-petition-gegen-gender-lehrplan/>. ⁵ Vgl. Bildungsplan 2015 ablehnen! (15.1.2014), unter: <http://blog.alternativefuer-bw.de/1499/1499/>.

Wer die Gemengelage verstehen will, muss Abstand nehmen sowohl von einer Außensicht auf die AfD, die sie auf das Thema Europa festlegt, wie auch von deren Selbstverklärung als «Partei neuen Typs». Parteisprecher Bernd Lucke, der das einmal gesagt hatte, bezeichnete die AfD in der *Jungen Freiheit* nüchtern als Grundgesetzbundparteie.⁶ Bereits der Bundestag Ende Januar 2014 in Aschaffenburg markierte einen grundsätzlichen Kurswechsel. Im Vorfeld der Europawahl sprach die AfD überhaupt nicht mehr von einem Austritt Deutschlands oder dem Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone, auch nicht von einer Rückkehr zur D-Mark.⁷ Zwar pointierte die AfD weiterhin den Nationalstaat, indem sie den Satz «Mut zu Deutschland» zur Wahlkampfparole machte. Aber der in den Parteitagssaal projizierte Slogan prangt auf blauem Grund, die Buchstabenfolge «EU» in «Deutschland» ist herausgehoben und von einem Sternenkrans umringt. Für eine bisher als eurokritisch wahrgenommene Partei scheint das inkonsequent, wenn nicht gar eine erklärungsbedürftige Volte zu sein. Dazu erklärte Lucke, es gehe seiner Partei darum, «über spezifisch deutsche Interessen in der Europapolitik zu reden» (Lucke 2014).

Originell oder gar «mutig» ist das eher nicht, die SPD hatte schon bei der Europawahl vor zehn Jahren für Europa «im deutschen Interesse» plakatiert. Entscheidend ist im Fall der AfD, dass sie seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 eine kaum bemerkte programmatische Entwicklung vollzogen hat. Bei der Bundestagswahl hatte sie sich noch mit einem ausgesprochen reduzierten Pro-

gramm begnügt,⁸ doch zum Parteitag in Aschaffenburg legte die «Große Europa-Kommission» der AfD den Delegierten einen umfangreichen Katalog programmatischer Thesen vor (Lucke u. a. 2014). Was Europa betrifft, so tritt die Partei seitdem für eine «schlanke» EU ein, ohne die Türkei. Die Einführung des Euro wird als ein Akt bezeichnet, der sich «gegen die ökonomische Vernunft» richtet. Außerdem wird das Recht der Mitgliedsstaaten betont, die Währungsunion zu verlassen. Aber nicht das wird ausdrücklich empfohlen, sondern strikte «Haushaltsdisziplin», sprich: Sparpolitik. Die prinzipielle Ablehnung der Euro-Rettungspolitik, die bisher zum Markenkern der Partei gehörte, ist deutlich abgeschwächt worden.

Dafür wurden in der Folge sukzessive andere Politikfelder besetzt, die im Programm zur Bundestagswahl höchstens als Stichworte angelegt waren. Ein Beispiel ist die «Integrationspolitik»: Im alten Wahlprogramm warb die AfD für eine «Neuordnung des Einwanderungsrechts» – sowohl zugunsten einer «qualifizierte[n] und integrationswillige[n] Zuwanderung» wie auch zur Verhinderung einer «ungeordnete[n] Zuwanderung in unsere Sozialsysteme» – und unter Einräumung eines Arbeitsrechts für Asylsuchende (ebd.). Der letzte Punkt kam in den Europathesen schon nicht mehr vor, dafür wurden dem Thema «Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Zuwanderungs- und Asylpolitik» – es geht unter diesem

⁶ «2014 wird für uns ein Erfolg», Interview mit Bernd Lucke, in: *Junge Freiheit*, 24.1.2014, S. 3. ⁷ Vgl. AfD-Parteitag: Der Kampf gegen den Euro war gestern, in: *Spiegel Online*, 25.1.2014, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteitag-kurswechsel-der-euro-skeptiker-a-945544.html. ⁸ Vgl. Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl (14.4.2013), unter: www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/.

Rubrum ausschließlich um die «Behandlung» von AusländerInnen – neuerdings elf Thesen gewidmet. Die beiden Kernaussagen lauten:

- «Hartz IV, Kindergeld oder Wohngeld sollen nur Personen erhalten, die in Deutschland in erheblichem Maße direkte oder indirekte Steuern gezahlt haben oder deren Eltern dies getan haben.»
- «EU-Bürger aus anderen Mitgliedsstaaten, die sich mangels ausreichenden Einkommens in Deutschland keinen menschenwürdigen Lebensstandard sichern können, müssen in ihre Heimat zurückkehren.»

Schon relativiert sich die paradoxe Beobachtung, die AfD vertrete eine Zuwanderungspolitik, die liberaler als geltendes deutsches Recht ausfällt (Werner 2013: 6). Zuwanderung wird zwar unterstützt, aber nur unter dem klassischen Vorbehalt, dass eine staatliche Unterstützung nicht infrage kommt, wenn es sich um (gemessen am hiesigen Lebensstandard) Arme handelt. Die beabsichtigte Sozialhygiene «in unseren Sozialsystemen» wird noch zusätzlich abgesichert

durch die Unmöglichkeit, als ZuwandererIn überhaupt Sozialleistungen zu erhalten: Wer hierher kommt, wird in der Regel nicht schon zuvor «in Deutschland in erheblichem Maße» Steuern bezahlt haben. Der damit eingeführte prinzipielle Ausschluss von staatlicher Unterstützung stellt sicher, dass in möglichst vielen Fällen der Rückkehrgrund «mangelndes Einkommen» als gegeben vorausgesetzt werden kann. Das wäre allerdings keine Liberalisierung, sondern eine zusätzliche Restriktion des Zuwanderungsrechts.

Zu beachten ist auch, dass sich die AfD-Thesen auf Zuwanderung aus anderen EU-Staaten konzentrieren – es geht um eine Rücknahme der Freizügigkeit auf dem Terrain des EU-Binnenmarktes und auch hier keineswegs um eine Liberalisierung. Für MigrantInnen von außerhalb der EU gilt dagegen schlicht: «Ernsthaft politisch Verfolgten ist Asyl zu gewähren.» Hier wird nur *zusätzlich* abgesichert, was eh schon gilt: Die meisten Asylanträge werden mit der Begründung, es ließe sich keine ernsthafte Verfolgung feststellen, sowie abgewiesen.

Der frühe Vorläufer: Bund freier Bürger

Von 1994 bis 2000 existierte mit dem Bund freier Bürger (BfB) eine rechte Partei, die personell wie inhaltlich als Vorläuferorganisation der AfD gelten kann. Nach der Gründung in Wiesbaden entstanden BfB-Landesverbände in den alten Bundesländern, die stärksten Gliederungen bestanden in Bayern und Hessen. Bundesweit hatte der BfB anfänglich etwa 1.000, später bis zu 2.800 Mitglieder, kam aber über den Status einer Kleinpartei nie hinaus und blieb elektoral weitgehend bedeutungslos.¹

Im BfB engagierten sich anfangs unter anderem der Ökonom Joachim Starbatty, der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider sowie der Autor und Verleger Bruno Bandulet. Heute sind Schachtschneider und Bandulet Unterstützer der AfD, Starbatty gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Partei an. Die Gründung des BfB war eine Reaktion auf den kurz zuvor in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht, der als wesentlicher Schritt hin zu einer stärkeren europäischen Integration gilt. Starbatty und Manfred Brunner – früher FDP-Vorsitzender in Bayern, dann Mitbegründer des BfB – waren als Vertragsgegner erfolglos mit einer Verfassungsbeschwerde vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Der BfB trat zunächst mit einer Anti-Maastricht-Kampagne an die Öffentlichkeit und warnte vor einem Stabilitätsverlust der D-Mark im Vergleich zur europäischen Währungseinheit ECU, dem Vorläufer des Euro. Der BfB selbst hat sich als liberal-konservative Partei verstanden, ist aber auch als Honoratioren- und D-Mark-Partei apostrophiert worden und changierte zwischen

Marktradikalismus und Nationalismus. Auch der Vorwurf des Rechtspopulismus – im deutschen Parteienspektrum ein Novum² – ist an den BfB hergetragen worden. Ursächlich dafür waren zum einen BfB-Funktionäre, die vorher oftmals in CDU und FDP aktiv waren, teils aber auch dem Spektrum der Neuen Rechten nahestanden. Zum anderen war die Anlehnung an die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider augenfällig,³ ein Umstand, der zu heftigen innerparteilichen Debatten führte, mit dem Ergebnis, dass unter anderem Schachtschneider und Starbatty den BfB, der später den Zusatznamen «Die Freiheitlichen» wählte, wieder verließen. Fortan suchte der BfB den Anschluss an andere Parteien des rechten Spektrums, darunter die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Deutsche Partei (DP). Von sich reden machte der BfB 1995 durch ein Betrauern der deutschen Gebietsverluste infolge des Zweiten Weltkrieges sowie 1998 durch die in einem offenen Brief an Ignatz Bubis begründete Ablehnung des Holocaust-Mahnmals. In seiner Endphase wurde der BfB durch mehrere Landesämter für Verfassungsschutz beobachtet. Der letzte Vorsitzende, Heiner Kappel, wechselte nach dem Ende der Partei an die Spitze der DP.

¹ Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (BfB), in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) (1996): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin, S. 181 f. ² Vgl. die Charakterisierung des bundesdeutschen Parteienspektrums etwa bei Stöss, Richard (Hrsg.) (1986): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen. ³ Vgl. Dietzsch, Martin/Maegerle, Anton (1995): Der Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (BfB). Der Versuch, in der Bundesrepublik Deutschland einen Ableger von Haiders FPÖ zu etablieren, unter: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Bund_freier_Buerger.htm.

MARKTRADIKAL UND NATIONAL-KONSERVATIV

Eine analoge Programmentwicklung der AfD hin zu einer Politik der Exklusion lässt sich bei der Familien- und Bildungspolitik erkennen, zwei Bereichen, die im Fall dieser Partei gar nicht auseinanderzuhalten sind. In ihrem Wahlprogramm 2013 bekräftigte sie den «Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft» und erklärte Bildung zu deren «Kernaufgabe». Familie und Bildung, «Keim» und «Kern» – diese nicht ganz glatte, aber traditionsreiche metaphorische Verbindung ist in der homophoben Agitation gegen den baden-württembergischen Bildungsplan voll aufgegangen. Die AfD adressiert auf diese Weise wertkonservative Haltungen (wie sie teils wörtlich bei den Unionsparteien wiederzufinden sind⁹). Für die AfD ist das – entgegen ihrer verbreiteten Wahrnehmung als Anti-Euro-Partei – nicht einmal neu. Hatte die NPD nur Tage vor der AfD-Gründung noch mitgeteilt, die neue Partei werde eine «Eisbrecher- und Türöffner-Funktion» für ihre Themen haben, konnte die AfD-Facebook-Seite schon einen Tag darauf den Eindruck erwecken, dass man umgehend die Probe aufs Exempel antreten wollte: Hier prangte ein Bild mit der Aufschrift «Klassische Bildung statt Multikulti-Umerziehung». Dies ist ein Slogan der extremen Rechten (vgl. Kemper 2013).

Dieser wurde zwar bald darauf wieder von der Seite entfernt, und die «Multikulti»-Vokabel gehört zu den Begriffen, auf die man in der Partei (bislang) verzichtet. Aber die Annahme einer «Umerziehung», die «Keim» und «Kern» der Deutschen schädigen würde, ist erhalten geblieben. Eine neuere Werbegrafik wurde nun aber beschriftet mit dem Satz «Gender-Wahn stoppen».¹⁰ Die AfD er-

klärt die Dringlichkeit dieses Themas damit, dass in Schweden bereits den Männern «das Pinkeln im Stehen» verboten worden sei und dass in Deutschland über Frauenquoten diskutiert werde, obwohl Studien gezeigt hätten, dass Frauen «Karriere generell nicht so wichtig ist».¹¹ In den Europathesen hieß es dazu schlicht: «Die AfD lehnt gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie «Gender Mainstreaming» ab und wendet sich gegen alle Versuche der EU, diese den Nationalstaaten aufzuzwingen.» Überhaupt seien Geschlechterrollen «nicht Gegenstand der Politik». Diese Auffassung ist zum einen in sich widersprüchlich, weil die AfD selbst durchaus *bestimmte* Geschlechterrollen explizit politisch privilegiert sehen will. Zum anderen ist hier ein Bemühen zu erkennen, *unabhängig* von der Anti-Euro-Rhetorik einen positiven Bestand an ideologischen Grundsätzen anzusammeln. In dem Falle wird davon ausgegangen, dass ein systematisches «Umerziehungsprogramm» ins Werk gesetzt worden sei, wo es in Wirklichkeit um die weithin akzeptierte Selbstverständlichkeit geht, vielfältigen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten Akzeptanz zu verschaffen.

Bernd Lucke erinnerte dagegen an «Verfallserscheinungen» von Ehe und Familie, die – so wörtlich – «immer mehr zerlegt werden». Die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt von Lebensweisen wird zum Anlass genommen, «Keim» und «Kern» der Gesell-

⁹ Vgl. z. B. Olav Gutting, Bundestagsabgeordneter der CDU (27.2.2013), unter: www.cducusu.de/themen/familie/wir-schuetzen-und-wir-foerdern-die-familie-als-keimzelle-unserer-gesellschaft. ¹⁰ Vgl. AfD Viersen: Erläuterungen zu unseren Slogans, unter: <http://afdviersen.wordpress.com/ihre-alternative-in-viersen/erlaeuterungen-zu-unseren-slogans/>. ¹¹ Ebd.

schaft für akut bedroht zu erklären. Erst vor diesem Hintergrund wird die Unterstützung der homophoben Petition in Baden-Württemberg verständlich. Und vor demselben Hintergrund ist es völlig glaubhaft, wenn Lucke «Familienpolitik, Zuwanderungspolitik und Europapolitik» als «große und wichtige Themenfelder für die Zukunft unseres Landes» bezeichnet (vgl. Lucke 2014). Bei dieser Trias ist die Programmentwicklung der AfD angelangt. Das spiegelt sich in den Thesen der «Europakommission» ebenso wider wie in den polarisierten Parteiflügeln: Die AfD vereinigt Wertkonservative und (Neo-)Liberale bis Libertäre. Wohlfahrtschauvinismus und Marktradikalität bestehen nebeneinander, die Grenzziehung ist schwer nachvollziehbar (Plehwe 2014: 69).

Was zunächst als Widerspruch erscheint – und wohl tatsächlich zu nachhaltigen Auseinandersetzungen in der Partei geführt hat –, entspricht bei genauerer Betrachtung exakt dem, was in der neueren Literatur als die «Winning Formula» radikal rechter, xenophober Parteien in Europa beschrieben wird (Art 2011: 17 f.), mithilfe derer ökonomisch und politisch widerstreitende Interessen in einem ansonsten unwahrscheinlichen Bündnis zusammenfinden. Das kommt auch in der Wählerschaft der AfD zum Ausdruck, die sich bereits bei der Bundestagswahl 2013 vorrangig aus ehemaligen WählerInnen der FDP, der LINKEN und der CDU/CSU zusammensetzte. Es spricht einiges dafür, dass gerade die

inhaltliche Uneindeutigkeit bis hin zur offenen Widersprüchlichkeit zu den Erfolgsfaktoren der AfD gehören, die sich strategisch ausnutzen lassen, das heißt, deren Bestandteile sich je nach Bedarf anders pointieren und rekombinieren lassen. So hatte die AfD bei der letzten Bundestagswahl in den verschiedenen Regionen Plakate mit unterschiedlichen Motiven aufgehängt und beispielsweise in Sachsen, wo sie schließlich am erfolgreichsten war, nicht nur auf Anti-Euro-Agitation gesetzt, sondern immer wieder vor der «Zuwanderung ins Sozialsystem» gewarnt (vgl. Frerks/Kovahl 2013). Bezeichnenderweise hat die AfD in Sachsen insbesondere dort hohe Zustimmung erfahren, wo zugleich die NPD einen hohen Zweitstimmenanteil errungen hat (Loos 2014: 12). Dass die AfD umgekehrt nicht von den Verlusten der NPD in bestimmten Regionen profitieren konnte, zeigt wiederum, dass sie nicht von diesen WählerInnen abhängig ist. Wahrscheinlich ist, dass die AfD stattdessen von denjenigen *Themen* profitiert, die sie mit der extremen Rechten teilt. Die Partei verortet sich damit rechts von der Union – und ist mit diesem Versuch bundesweit relativ erfolgreich. *Das* ist das Neue und zugleich Erklärungsbedürftige: Woraus bezieht die Chimäre einer «neoliberalen Rechten» ihre Durchschlagskraft? Und basiert sie letztlich auf der «populistischen» Täuschung, eine «radikal neoliberale Kraft mit national-konservativem Anstrich» (Plehwe 2014: 72) zu versehen?

GERINGER GEBRAUCHSWERT DES POPULISMUSBEGRIFFS

In einer ersten Einordnung der AfD hatten Rechtsextremismusexperten wie Gerd Wiegel (2013: 1) die AfD «mit dem schillernden, aber inzwischen gebräuchlichen Begriff des Rechtspopulismus» zu fassen versucht. Diese Zuordnung und deren Aussagekraft stehen und fallen mit dem zugrunde liegenden Populismusverständnis. Nach Ansicht Wiegels empfiehlt sich der Begriff im vorliegenden Falle hauptsächlich *ex negativo*, da die AfD zwar der politischen Rechten, nicht aber der extremen Rechten zuzuordnen sei. Zudem wird der Partei eine Ähnlichkeit zu anderen Parteien in Westeuropa attestiert, die gleichfalls als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Die assoziierte «Verwandtschaft» der AfD mit dieser «Parteienfamilie» ergibt sich aber zunächst nicht aus vergleichbaren Inhalten und Strategien, sondern bezieht sich auf das methodische Vorgehen: die Anrufung des «Volkes» als zu mobilisierende und legitimierende politische Ressource. Zwar bedient sich die AfD dieses Mittels, und in dem *instrumentellen* Sinne attestierte ihr auch Alexander Häusler (2013: 10), sie bediene die «Grundmuster rechtspopulistischer Rhetorik». Es bleibt aber fraglich, inwiefern die AfD damit hinreichend oder auch nur wesentlich charakterisiert ist. Alban Werner (2013: 1) wiederum stellt Überschneidungen zum Rechtspopulismus fest, geht aber davon aus, dass die AfD «keine klassische rechtspopulistische Strategie» verfolge.¹²

Bei näherer Betrachtung besteht selbst die rechtspopulistische Parteienfamilie – von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) über die Schweizer Volkspartei (SVP) bis hin zum «neuen» französischen

Front National (FN) und dem belgisch-separatistischen Vlaams Belang (VB) – aus derart unterschiedlichen Formationen, dass fraglich bleibt, ob der Begriff Rechtspopulismus zu ihrer Kennzeichnung wirklich tauglich ist. Außerhalb Deutschlands wird stattdessen vermehrt der Sammelbegriff «Radical Right Parties» bemüht, der eine präzisere Binnendifferenzierung erlaubt: Diese Parteien verfolgen hauptsächlich rassistische Exklusionspolitiken, die sowohl mit autoritär-nationalistischen wie auch mit neoliberalen und gegen den Sozialstaat gerichteten Programmen verbunden sein können (vgl. Art 2011). Der Preis für die Verwendung des Rechtspopulismusbegriffs wäre ein Verzicht auf Differenzierung, sodass man etwa zwischen der British National Party (BNP) und der United Kingdom Independence Party (Ukip), die beide eine Anti-Europa-Position vertreten, nicht mehr hinreichend unterscheiden könnte. Doch ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden besteht nicht zuletzt darin, dass die eine Partei bei Wahlen nicht punkten kann, während die andere diesbezüglich relativ erfolgreich ist – etwas, was der Populismusbegriff nicht einfangen kann. Am augenfälligsten wird seine begrenzte Aussagekraft, wenn man etwa das NPD-

¹² Im Hinblick auf den hier nur angeschnittenen Bedeutungskern des Begriffs Populismus ist der Einwand von Werner, der AfD fehle es für einen «vollwertigen» Populismus an Charisma, nicht zu folgen: Eine plebiszitäre Demokratie im Sinne Webers setzt zwar Massenloyalität voraus, die aber nicht zwingend charismatisch zu sichern ist (vgl. Weber 1980: 155 ff.). Tatsächlich haben als rechtspopulistisch eingestufte Bewegungen und Parteien nur in wenigen Fällen regelrechte Führerfiguren hervorgebracht, wobei sich etwa im Falle Wilders' dessen charismatische Ausstrahlung noch immer in Grenzen halten dürfte. Charisma ist eben nicht mit demoskopischer Bekanntheit oder elektoraler Beliebtheit zu verwechseln.

Parteiprogramm heranzieht und zu dem Schluss käme, es handle sich hier um eine populistische Schrift par excellence. Nur würde aus guten Gründen fast niemand dieses Urteil für die NPD gelten lassen.¹³ Die den Populismus kennzeichnende Rhetorik sagt nämlich nicht viel über die Praxis aus.

Dass der analytische Wert des Populismusbegriffs begrenzt ist, ist keine neue Erkenntnis, ist er doch seit Langem aller «historischen, geographischen und sachlichen Bezüge» entkleidet und bleibt notwendigerweise «offen [...], was der Begriff überhaupt bezeichnet» (Dubiel 1986: 34). Längst und bis heute sprechen «unterschiedliche Gruppierungen von Sozialwissenschaftlern mit unterschiedlichem theoretischen Hintergrund zu unterschiedlichen Anlässen von unterschiedlichen sozialen Phänomenen» (ebd.: 43). Das pragmatische und noch heute gültige Argument gegen den Populismusbegriff lautet mit anderen Worten, dass es sich um eine Totalabstraktion handelt. Nun spricht nichts gegen *begründete* Abstraktionen, ohne die Begriffsbildungen für den politischen und politikwissenschaftlichen Gebrauch nicht denkbar wären. Aber auch abstrakte Begriffe müssen sich am Gegenstand messen lassen, also operationalisierbar sein. Beim Begriff Populismus besteht diese Operationalisierung zumeist in der Frage nach Stil, Rhetorik und anderen Ausdrucksmitteln – also nach der Form, nicht nach dem Inhalt, und das Formale bleibt hier weit gefasst und vage. Handelt es sich dann nicht sogar beim hegemonialen Demokratieidealismus, der politische Legitimität auf den Souverän, also «das Volk» (im Sinne von *the people*) und den durch ihn verkörperten Allgemeinwillen zurückführt, um einen Populismus

sans phrase? Man kann einwenden, dass die populistische Anrufung des «Volkes» – und sei es die Berufung auf eine «schweigende Mehrheit» oder den «kleinen Mann» – in der Regel gerade trotz des «Volksbezugs» keine universalen, sondern partikulare Interessen adressiert. Aber gilt dies (sehen wir einmal von idealistischen Vorstellungen von der bürgerlichen Demokratie als die beste aller Staatsformen ab) nicht auch für durchaus anerkannte formaldemokratische Verfahren?

Die Bezeichnung Populismus – immer pejorativ gemeint – trifft stets oppositionelle Bewegungen und Parteien, die nicht herrschende Interessen repräsentieren.¹⁴ Der an sie gerichtete Vorwurf des Populismus dient immer der Delegitimierung und wird ausdrücklich nicht bezogen auf die jeweiligen politischen Inhalte. Er kommt in Gestalt einer Erinnerung an deren Partikularität und an die Tatsache, dass sie im Stande der Opposition schon gar keine Verbindlichkeit reklamieren können. In der Bezeichnung Populismus geht insofern ein bestimmtes Macht- oder Konkurrenzverhältnis auf zwischen denen, die zu der Bezeichnung greifen, und denen, die damit belegt werden,¹⁵ also zwischen Inhabern der politischen Macht und deren Konkurrenten. Damit tritt zum pejorativen Tenor

¹³ Eine kuriose Ausnahme ist die Materialsammlung für das neue NPD-Verbotsverfahren, in der der NPD an einer Stelle Populismus vorgehalten wird. ¹⁴ Ausnahmen wie die teils in Deutschland als linkspopulistisch titulierte ehemalige Chavez-Regierung bestätigen die Regel: Dort, wo die Vokabel gebraucht wird, will man sozialistische Politik freilich nur in der Opposition haben – wenn überhaupt. «Populismus an der Macht» ist in Europa unbekannt (vgl. Priester 2012: 108). ¹⁵ Die Untauglichkeit des Populismusbegriffs zeigt sich hier an der absurden Folge, dass der Gebrauch dieses Vorwurfs selbst «populistisch» sein kann, wenn er nämlich aus einer anderen oppositionellen Fraktion heraus «im Namen einer Mehrheit» formuliert wird, die man nicht tatsächlich hinter sich hat – also letztlich stellvertretend für eine Regierung gesprochen wird. Es ist insofern keine Besonderheit des Populismus, «die Mehrheit» als politischen Legitimationstitel zu gebrauchen.

des Populismusbegriffs in umgekehrter Richtung eine affirmative, strukturkonservative Bedeutung: Die Forderung beispielsweise, Volksabstimmungen einzuführen, ist genau in dem Sinne «populistisch», dass eine oppositionelle Fraktion auf ein Entscheidungsverfahren setzt, das zu anderen Mehrheiten führen soll als das Entscheidungsverfahren, das eine konkurrierende Fraktion zur Regierung gemacht hat. Das im engeren Sinne Populistische daran ist lediglich, durch eine formaldemokratische Volksabstimmung eine bestimmte politische Entscheidung herbeiführen zu wollen, mit der eine weitere Entscheidung hintertrieben werden soll, die bereits auf andere formaldemokratische Weise zustande gekommen war.

Politisch von Bedeutung ist doch aber gar nicht die Verfahrensfrage, mit der die einen Legitimität behaupten und die anderen sie für sich behalten wollen, sondern die Frage, um welche Entscheidungen es eigentlich geht, *welche Inhalte* hier zur Disposition stehen. All das fängt der Populismusbegriff gerade nicht ein, und deshalb bleibt er, wie sehr wir ihn auch strapazieren, zu allem (außer Stil und Rhetorik) stumm. Versuchen wir, wie eben gezeigt, den Begriff hinsichtlich seiner demokratietheoretischen Bedeutung weiter zu entschlüsseln, so kommen wir entweder zu dem Punkt, mit Gramsci zu fragen, warum «eine dezidiert antiwohlfahrtsstaatliche Politik auch von jenen Wahlbürgern massenhaft akzeptiert wurde, die von den sozialstaatlichen Kürzungen mittelbar oder unmittelbar betroffen waren» (Dubiel 1986: 40). Nun ist Margaret Thatcher, um die es in diesem Zitat ging, tot, aber die Fragestellung, warum Menschen sich gegen eigene Interessen mobilisie-

ren lassen, bleibt. *Diese* Populismusfrage ist wichtig, hängt aber offensichtlich nur ganz unwesentlich mit der AfD zusammen, empfiehlt sich also vorbehaltlich weiterer Elaboration nicht für deren Analyse. Versucht man dagegen zu einer Operationalisierung zu gelangen, indem man den Populismus in Anlehnung an Max Weber als Idealtyp modelliert, liegt man von Anbeginn nahe an dessen plebiszitärer (Führer-)Demokratie. Demnach bedarf es des Populismus nicht, Stil und Rhetorik betreffende Fragen könnten mit gleicher Evidenz als Demagogie bezeichnet werden (Breuer 2006: 145; vgl. hierzu auch Weber 1980 und kritisch dazu Priester 2012: 65 f.).

All das ändert sich nicht, wenn spezieller vom Links- und Rechtspopulismus die Rede ist. Vielmehr besteht ein tatsächlich neues Problem des Populismusbegriffs darin, dass er zusehends überformt wird durch den Versuch, ihn analog zum Begriffspaar des Links- und Rechtsextremismus zu modellieren. Die semantische Nähe wird noch durch die Konstruktion eines «weichen Extremismus» verstärkt, dem «die meisten extremistisch-populistischen Kräfte» angeblich angehören (Jesse 2010: 16). Das idealtypische Beispiel dafür ist nicht die AfD, sondern die Partei DIE LINKE, die sich in den Analysen der hegemonialen Extremismusforschung zwar nicht insgesamt dem («harten») Extremismus zurechnen lässt, aber gerade über den Populismus wieder in den Bereich des («weichen») Extremismus eingeführt wird. Der Weg ist bequem, weil es ein unzureichend bestimmter und prinzipiell kaum abgrenzbarer Populismusbegriff zulässt, eine Analyse zum gewünschten Ende zu treiben, wenn man gedanklich genügend Haken schlägt. So kommentierte

Eckhard Jesse anlässlich der Bundestagswahl 2009, DIE LINKE sei «für ihren Populismus belohnt» worden, und wählte als Beispiel die Forderung «Hartz IV muss weg» (Jesse 2011: 105). In einem neueren Werk aus dem Genre der Extremismusforschung wird das Statement «Hartz IV – Armut per Gesetz» der LINKEN mit einer ähnlich lautenden Forderung der NPD («Hartz IV – nicht mit mir») verglichen. Das Beispiel ist nun schon Beleg für eine «Konvergenztendenz» des Extremismus (vgl. Blank 2014: 385).

Zwei *theoretisch* unterschiedliche Sachverhalte – Populismus und Extremismus – werden auf einem Beispiel abgebildet und damit *empirisch* gleich – und schon ist eine dieser «extremistisch-populistischen Kräfte» in der Welt, die erklärtermaßen meist dem «weichen Extremismus» angehören. Definitivonsgemäß ist der Extremismus weich, wenn er «nur einzelne Elemente des demokratischen Verfassungsstaates in Frage» stellt (Jesse 2010: 14), «beispielsweise bürgerliche Freiheits- und

Gleichheitsrechte»(ebd.: 17). Der ursprüngliche Beispielsatz gibt das mitnichten her. Aber der Zwischenschritt über den Populismusbegriff ist der beherrzte Sprung auf eine sehr bewegliche rhetorische Fähre hin zum Extremismusvorwurf.

Die Möglichkeit, damit nun zu einem gewünschten Ergebnis zu kommen – etwa zur Verortung der AfD in der extremen Rechten –, rechtfertigt es eher nicht, sich dieses Kniffs zu bedienen. Er steht einer stimmigen Analyse eher im Wege. Diese «Leistung» des Populismusbegriffs sollte uns vielmehr Grund geben, von ihm abzulassen. Er sagt am ehesten etwas über den aus, der ihn gebraucht, und sei es über dessen Verlegenheit, keinen besseren Begriff gefunden zu haben. Warum nicht einfach sagen, was etwas länger, aber dafür klar ist: Die AfD ist eine Partei der Rechten mit bestimmten extrem rechten Tendenzen im Hinblick auf ihre Inhalte und ihr Personal. Dagegen ist die Frage nach ihrem «Populismus» weit weniger wichtig.

Das rechtskonservative Netzwerk: Zivile Koalition & Co.

Der parteiunabhängige Verein BürgerKonvent e. V. wurde 2003 gegründet und trat zunächst mit der professionellen PR-Kampagne «Deutschland ist mehr als jetzt» an die Öffentlichkeit, verstanden als der Versuch, das Konzept der Protestinitiativen – das damals bekannteste Beispiel war das Attac-Netzwerk – von «rechts» oder «oben» zu besetzen.¹ Der Soziologe Andreas Kemper weist darauf hin, dass der BürgerKonvent zu Beginn eine Großspende des Milliardärs August von Finck jr. erhielt, der bereits den BfB finanziell erheblich gestützt hatte.² Zu den neueren Schwerpunkten der Vereinsaktivitäten zählt die Agitation gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Euro-Rettungspolitik.³

Dem Vorstand des BürgerKonvents gehört die Rechtsanwältin Beatrix von Storch an. Sie kandidierte zur Bundestagswahl auf Listenplatz 2 der AfD in Berlin, für die Europawahl war sie auf Listenplatz 4 gesetzt und ist seitdem Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort gehört sie unter anderem dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter an. Von Storch gilt als einflussreiche Politikerin in der Partei und – im Verbund mit ihrem Ehemann Sven von Storch – als erfolgreiche Netzwerkerin im rechtskonservativen Spektrum.⁴ Zentral ist dabei der Verein Zivile Koalition e. V., auf dessen Website «für mehr zivilgesell-

schaftliches Engagement» geworben wird.⁵ Mit der Agitation gegen ESM und «Schuldenunion» lehnt sich der Verein inhaltlich an den BürgerKonvent und an den Gründungszusammenhang der AfD an.

Mitunter wird das Netzwerk der Zivilen Koalition, obgleich sehr personenzentriert um die von Storchs, auch als «deutsche Tea Party» bezeichnet.⁶ Publizistische Vorhut ist das Online-Magazin *Freie Welt*, in dem unter anderem der AfD-Parteisprecher Konrad Adam publiziert. Ein weiteres Angebot ist die dem bekannten Portal «Abgeordneten-Watch» nachempfundene Website «Abgeordneten-Check». Verantwortlicher ist Sven von Storch, seine Frau Beatrix sitzt auch hier in einem «Beirat». Als Träger des Projekts werden die Zivile Koalition, der BürgerKonvent sowie der Storch'sche Verein Institut für strategische Studien Berlin e. V. (ISSB) angegeben. Auf der ISSB-Website wiederum ist unter anderem ein Interview mit Parteisprecher Bernd Lucke nachzulesen.⁷

¹ Speth, Rudolf (o.J.): Der BürgerKonvent – Kampagnenprotest von oben ohne Transparenz und Bürgerbeteiligung, unter: www.boeckler.de/pdf/fo_buergerkonvent.pdf. ² Kemper, Andreas (2013): Alternative für Deutschland – Die Geld-Essentialisten (4.3.2013), unter: <http://andreaskemper.wordpress.com/2013/03/04/alternative-fur-deutschland-die-geld-essentialisten/>. ³ Website BürgerKonvent e. V., unter: www.buergerkonvent.de/aktivitaeten/. ⁴ Vgl. Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster. ⁵ Website Zivile Koalition e. V., unter: www.zivilekoalition.de/wer-wir-sind. ⁶ Vgl. Kemper: Rechte Euro-Rebellion. ⁷ Website des ISSB e. V., unter: www.issberlin.info/?p=991.

Für einen analytischen Perspektivenwechsel spricht auch, dass es sich bei dem eigentümlichen Abwehernationalismus der AfD nicht um einen «national-konservativen Anstrich», sondern um ihre vielleicht wichtigste ideologische Konstante handelt. Zwar insinuieren die Europathesen der Partei nicht (mehr) den Austritt aus dem Euroraum oder gar der Europäischen Union. Fluchtpunkt bleibt aber eine «Europäische Union souveräner Staaten» anstelle der «Idee der Vereinigten Staaten von Europa». Die Entgegensetzung ergibt nur Sinn, wenn zugleich unterstellt wird, der europäische Integrationsprozess zielt objektiv auf die Überwindung der in den Integrationsprozess eingebundenen Nationalstaaten, und die supranationale Institutionalisierung würde zu dem Ende hin betrieben, nationalstaatliche Apparate abzuschaffen. Tatsächlich wirbt derzeit keine relevante politische Kraft für eine *derartige* Zentralisierung, und selbst die Forderung nach einer bundesstaatlichen Entwicklung der EU (die missverständlich als «Vereinigte Staaten von Europa» bezeichnet oder kritisiert wird) setzt begrifflich *immer noch* eine Mehrzahl politischer Ordnungen staatlicher Qualität voraus. Die AfD unterstellt, es handle sich dann nicht mehr um *souveräne* Staaten, unterschlägt aber, dass die EU bereits jetzt über eigene Souveränitätsrechte verfügt. Sie können mit den Souveränitätsrechten einzelner Mitgliedsstaaten wohl in Konflikt treten, schließen einander aber nicht prinzipiell aus.

Die Angst, ein fortgesetzter Integrationsprozess der Europäischen Union kassiere die Souveränität Deutschlands

und stelle damit Deutschland als Nationalstaat infrage, entbehrt einer rationalen Grundlage. Denn zum einen sind die in der EU assoziierten Nationalstaaten gerade *als Nationalstaaten* die konkreten Träger dieses Integrationsprozesses. Zum anderen setzt die Beteiligung an diesem Integrationsprozess eine zumindest partielle Identität souverän verfolgter, nationalstaatlicher Interessen voraus – eben nicht zu dem Ende hin, diese Interessen zu überwinden, sondern sie insbesondere durch den Zugriff auf einen gemeinsamen Binnenmarkt in einem supranationalen Maßstab besser verfolgen zu können. In dieser *ökonomischen* Perspektive sind die EU und insbesondere der Euroraum eine Verlaufsform der kapitalistischen Konkurrenz der Nationalstaaten und damit *alles andere* als die Aufhebung der Nationalstaaten oder die Stilllegung ihrer grundsätzlichen Konkurrenzverhältnisse. Geradezu hellichtig ist es daher, wenn die AfD-Europathesen den Binnenmarkt als «gemeinsame Klammer der Europäischen Union» würdigen. Und es ist ein Ausdruck eben der *fortgesetzten* Staatenkonkurrenz, für Deutschland ein «größeres Gewicht in den europäischen Institutionen» zu fordern. Das paradoxe Resultat ist aber, dass die AfD aus dem *gleichen* Grund, dessentwegen sie einen Ausbau supranationaler Institutionen kritisiert, eine volle und möglichst starke Beteiligung Deutschlands an diesen Institutionen fordert: Mit *demselben* Argument wird *für und gegen* Europa agitiert, solange damit nur «spezifisch deutsche Interessen in der Europapolitik» abgesichert sind (vgl. Lucke 2014).

Das ist kein Rechtspopulismus, sondern ein Standardnationalismus, der sich zur EU auch nicht prinzipiell euroskeptisch, sondern *taktisch* verhalten *muss*. Insofern ist eine nun eingetretene «Aufweichung» der anfangs als strikt antieuropäisch eingeschätzten AfD-Positionen nicht verwunderlich, sondern folgerichtig: Die Positionen bemessen sich primär gar nicht am Zustand der EU, sondern am gelingenden – vor allem ökonomischen – Fortkommen Deutschlands in Europa. Der ideologisch konstruierte Gegenpol ist die Angstprognose einer EU-Entwicklung, in der dieses Fortkommen nicht mehr gegeben ist: die «Vereinigten Staaten von Europa», in denen es Deutschland als souveränen Staat nicht mehr gäbe. Mitunter nimmt diese Konstruktion paranoide Züge an, etwa im Fall des baden-württembergischen AfD-Funktionärs Jan Czada, der sich als «Mitbegründer der Partei» bezeichnet:

«Die Vereinigten Staaten von Europa [...] haben die Abschaffung der Staatlichkeit Deutschlands und des Grundgesetzes zum Ziel. [...] Die Europa-Idee hat sich zu einer Ideologie entwickelt, welche offenbar nicht weniger als einen Putsch gegen die Bevölkerung zur Neuordnung Europas anstrebt. Sie ist [...] einer neomarxistischen Internationale zuzuordnen, welche die europäischen Nationen durch politische Gleichschaltung und die europäischen Völker durch Massenmigration aufheben will.» (Czada 2013).

Als Beispiel für diese «Gleichschaltung» benennt Czada übrigens eine «Umerziehung über die Gender-Theorie» und gibt damit einen plausiblen Hinweis darauf, warum sich AfD-AnhängerInnen auf eine homophobe Mobilisierung einlassen,

deren Bezug zu Europa sich zunächst nicht erschließt, und warum «Familien- und Bildungspolitik» mittlerweile als zweites programmatisches Standbein der Partei figuriert: Aus diesem Bereich stammt das groteske Illustrationsmaterial für *ein* Europa, das die AfD definitiv nicht will: *ein* Europa, in dem der Hegemon nicht Deutschland heißt und sich zur Bedrohung für deutsche Interessen – was auch immer eine wertkonservative Klientel darunter versteht – auswächst.

Eine Einordnung in den Bereich des Rechtspopulismus wäre auch an dieser Stelle nicht nur eine unnötige Verrätselung, sondern sachlich falsch, wenn man bedenkt, dass populistische Politiken abzugrenzen sind «gegen die etatistische Rechte mit ihrer Sehnsucht nach dem starken (National-)Staat [...]. Im Gegensatz zu dieser Rechten sind Populisten heute weniger denn je Nationalisten, sondern propagieren Regionalisierung» (Priester 2007: 219) und damit ein Konzept, das sich die AfD genauso wenig zu eigen gemacht hat, wie sie sich auf paneuropäische Ideen bezieht. Die etatistischen Ziele der AfD gehen dagegen nicht nur vom Nationalstaat aus, sondern tragen «restaurative Züge», wie mit Marc Jongen (2014) der stellvertretende Sprecher der AfD in Baden-Württemberg (und Assistent des umstrittenen Philosophie-Professors Peter Sloterdijk) feststellt: Es gehe der Partei um die «Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes», ein Ziel, für das man bisweilen «reaktionär» sein müsse und für dessen Umsetzung eine «konservative Avantgarde» zu sorgen habe: die AfD.

Auch wenn die Kennzeichnung als «konservative Avantgarde» ein Euphemismus bleibt, konterkariert sie die verbreitete Annahme, bei der AfD handle es sich um eine kurzlebige «Protestpartei», die ihren Achtungserfolg zur Bundestagswahl 2013 lediglich der «populistischen» Ausbeutung der Euro- und Finanzkrise zu verdanken hatte. Doch abgesehen von der ohnehin problematischen Reduktion auf den Rechtspopulismus repräsentiert die AfD *seit Anbeginn* ein weiter gefasstes Themenfeld, auch wenn es programmatisch bisher nur schwach expliziert worden ist.

Dieses Themenfeld – Euroskepsis, Erhalt der traditionellen Familie, Einschränkung von Migration – dürfte ob seiner Breite auch nicht auf den schlichten Versuch zu reduzieren sein, die Lücke aufzufüllen, die von der FDP im

parlamentarische Betrieb hinterlassen worden ist. Vielmehr orientiert sich die AfD mit ihrem restaurativ-nationalistischen Programm auf das Spektrum rechts von den Unionsparteien und könnte davon profitieren, dass sich sukzessive enttäuschte AnhängerInnen mit konservativerer Prägung abwenden – gerade solche, die mit Aktionen wie «Linkstrend stoppen» eher vergeblich für eine spiegelbildliche Rechtsentwicklung eingetreten waren. Vor dem Hintergrund ihrer Personal- und Programmentwicklung *oszilliert* die AfD nun um einen überschaubaren Bestand an tatsächlich fixierten, jedoch *explizit rechten Positionen*, die ihrerseits Entwicklungen in unterschiedliche Richtungen zulassen. Diese Positionen bezeichnen keinen festgelegten Standpunkt, sondern ein Spannungsfeld.

PERSONELLE VERBINDUNGEN ZUR EXTREMEN RECHTEN

Gerade vor dem Hintergrund dieses dezidiert rechten Spannungsfeldes lassen sich die Erfolge der AfD bei den jüngsten Landtagswahlen erhellen. Am Beispiel Sachsens geben auffällige Personalien wichtige Anhaltspunkte: Zu den 14 AfD-Abgeordneten, die in den nächsten fünf Jahren im Sächsischen Landtag sitzen werden, gehört Detlev Spangenberg. Als designiertem Alterspräsidenten hätte ihm die feierliche Eröffnung der ersten Plenarsitzung obliegen. Dann aber fiel auf, dass er vormals als Regionalbeauftragter für das «Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland» (BAFV) aktiv war (einer der Slogans: «Sachsenmut stoppt Moslemflut»), das auf eine «Koalition nationalistischer Kräfte» hinarbeite (Müller 2010).

Bekanntheit hatte das BAFV erlangt, als dessen Gründer Henry Nietzsche, vormals Bundestagsabgeordneter für die CDU, im Zusammenhang mit der damals rot-grünen Bundesregierung von «Multikultischwuchteln» sprach. Weiter stand Spangenberg in Kontakt zu «Pro Sachsen», initiiert von einem Ex-NPD-Abgeordneten, und trat bei einem «Bündnis für Freiheit und Demokratie» in Erscheinung, von dem er nicht gewusst haben will, dass auf dessen Website – die ihn bis vor Kurzem im Impressum namentlich auswies – über die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 sinniert wurde.¹⁶ Das war vor der Landtagswahl bekannt, wurde aber erst hinterher berichtet, mit der Folge, dass Spangenberg offenbar auch auf Druck der Partei hin auf das Ehrenamt des Alterspräsidenten verzichtete (Wolf 2014). Es handelt sich aber nicht um einen Ein-

zelfall in den Reihen der sächsischen AfD:¹⁷

- Sören O., Dresden, besuchte im Frühjahr einen Kongress der NPD-Jugendorganisation. Fotos zeigen ihn als Teilnehmer zumindest zweier Neonazi-aufmärsche, zwischenzeitlich gehörte er dem AfD-Kreisvorstand an.
- Paul M., nahe Zwickau, spielte in der Rechtsrock-Band «Blitzkrieg»; gegen ihn wurde im Zusammenhang mit der Unterstützung der im Jahr 2000 verbotenen «Blood & Honour»-Organisation ermittelt.
- Hans Holger M., Dresden, war im Umfeld der neonazistischen «Wiking-Jugend» aktiv.
- Martin H., nahe Pirna, betreibt ein extrem rechtes Szenegeschäft und sitzt für die NPD in einem Gemeinderat.
- Richard U., nahe Dresden, sitzt ebenfalls für die NPD in einem Stadtrat; die AfD führte ihn zugleich als Fördermitglied (Schmidt 2014a).

Auch über einige Kandidaten, Mandatsträger und Funktionäre der AfD in Thüringen und Brandenburg liegen derartige Hinweise zu personellen Verbindungen mit der extremen Rechten vor (vgl. Kopke/Lorenz 2014). Zwar haben einige solcher Personalien zu Ausschlussverfahren geführt. Fest in der Partei verankert ist dagegen die sächsisch dominierte «Patriotische Plattform» (PP), die zwar kein offizieller Parteiflügel, aber doch ein einflussreicher Zirkel von AfD-Mitgliedern

¹⁶ Vgl. Rechte Mitglieder beschern der AfD weiter Ärger (4.9.2014), unter: www.mdr.de/sachsen/wahlen-politik/landtagswahl/landtagswahl-afd-rechtsextreme-mitglieder100.html. ¹⁷ Vgl. zu Detlev Spangenberg und weiteren Fällen: Neonazis in der AfD, MDR, unter: www.mdr.de/exakt/afd140.html, und Schmidt 2014a.

ist. Zu ihm gehört Thomas Hartung, zuletzt mitverantwortlich für das Wahlprogramm in Sachsen, der seinen Posten als AfD-Landesvize abgeben musste, nachdem er im Internet einen Bericht über einen spanischen Lehrer mit Down-Syndrom abwertend kommentiert hatte. Er hatte den Lehrer als «dumm» dargestellt und hinzugefügt, dass er als «Nicht-behinderter von einem solchen nicht unterrichtet werden möchte» (zit. nach Neurer 2014). Andere Aktive aus der PP, darunter mehrere AfD-Kandidaten für den Landtag, hatten kurz vor der Wahl mit einer Einladung des österreichischen Politikers Andreas Mölzer für Aufsehen gesorgt. Der FPÖ-Rechtsaußen hatte die EU als «Negerkonglomerat» bezeichnet und sollte nunmehr in Leipzig über «Chancen patriotischer Parteien in Europa» sprechen. Der Termin wurde kurzfristig abgesetzt und sorgte des schlechten Presseechos wegen für innerparteiliche Kritik (Hebel/Kämper 2014).

So wenig es sich hier anbietet, von «Einzelfällen» auszugehen, so kurzschlüssig wäre es doch, die AfD *allein daher* als Partei der extremen Rechten zu verorten und ihre Erfolge *lediglich* für den Effekt eines (neuerlichen) «Rechtsrucks» zu halten. Zu beachten ist erstens: Die AfD als parlamentarische Repräsentation eilt der gesellschaftlichen Entwicklung nur nach und muss sich selbst beeilen, ihr nachzukommen. In dieser Hinsicht ist die Partei mitnichten «innovativ», sondern imitativ: Im Kleinen ahmt sie alte Kampagnen wie die nach einer «Deutschquote» im Rundfunk nach, deren Einführung eine ausdrückliche Forderung im sächsischen Wahlprogramm der AfD war. Nicht zufällig war die AfD zuletzt dort erfolgreich, wo innerparteilich die national-konservativen Elemente die Oberhand

haben, also ein dezidiert rechter Parteiflügel dominiert. Das muss als Indiz dafür verstanden werden, dass die AfD eine prononcierte Angebotsstruktur für eine gesellschaftlich relevante und politisch distinkte Nachfrage darstellt – ein Zusammenhang, der mit dem Begriff Rechtsruck verdeckt wird und mit dem gleichfalls beliebten Erklärungsansatz «Protestwahl» allzu schnell suspendiert wäre.

Zu beachten ist zweitens: Dass die AfD in den Sächsischen Landtag in dem Moment einzog, als die NPD dort nach zwei Legislaturperioden ausschied, weil sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, rechtfertigt nicht die vorschnelle Annahme, die neuere Partei substituere die ältere. Zwar ist die Annahme plausibel, dass der NPD der Wiedereinzug ins Parlament, wozu ihr nur etwas mehr als 800 Stimmen fehlten, ohne die AfD gelungen wäre. Umgekehrt aber war deren Erfolg im Wesentlichen *nicht* abhängig vom Abschneiden der vergleichsweise unbedeutenden NPD. Vielmehr zeigt sich, dass beide Parteien teils ortsidentische Hochburgen haben, ohne dass aber eine gegenseitige Verdrängung eingetreten wäre.

Das muss als deutliches Indiz dafür verstanden werden, dass die AfD kein moderater Wiedergänger der NPD ist, dass beide um ein ideologisch ähnliches, aber keineswegs soziologisch deckungsgleiches Stimmenpotenzial konkurrieren und schließlich: dass wir es trotz aller semantischen und habituellen Ähnlichkeit – bis hin zu NPD-Leuten in der AfD sowie der vormaligen Aktivitäten einiger heutiger AfD-ExponentInnen in extrem rechten Vereinigungen – bei der neuen Partei mit einer *eigenständigen* Entwicklungsrichtung der politischen Rechten zu

tun haben.¹⁸ Sie entfaltet dabei aber sehr wohl eine Art «Staubsaugerwirkung» (vgl. Kellershohn 2014a). Sie zieht nämlich viele Einzelpersonen und Kleingruppen der extremen Rechten an, die bisher isoliert und insofern ohne elektorale Erfolgsaussichten aktiv waren. Dass es sich hier nicht um eine nebensächliche, sondern eine durchschlagende Wirkung handelt, zeigt sich anhand der innerparteilichen Auseinandersetzung, für die allerdings der Begriff «Rechtsruck» gewählt werden kann:

«Liberale Mitglieder, wie die die ehemalige niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Martina Tigges-Friedrichs, ein früheres Mitglied der FDP, resignieren angesichts dieser Entwicklung teilweise und treten aus der Partei aus. Sie begründete ihren Schritt: «Für mich ist ein klarer Rechtsruck der Partei erkennbar, den ich nicht mittragen möchte. Es geht

nicht mehr um konservative und liberale Positionen, sondern um erzkonservative und nationalistische. Bereits zur Europawahl im Mai hatte die AfD den praktisch gleichen Slogan wie die NPD plakatiert: Wir sind nicht das Weltsozialamt! Das fand ich unmöglich. Aber auch schon vorher hat es in mir gegärt. Seit Oktober 2013 war ich bei den Kolibris. Das ist ein loser Zusammenschluss der Konservativen und Liberalen in der AfD. Sie verstehen sich als Gegengewicht zu den – vorsichtig ausgedrückt – nationalen Kräften in der AfD, die sich in der sogenannten Patriotischen Front zusammengeschlossen haben. Aber wenn man bei Facebook verfolgt, wie enorm die Nutzerzahlen der Patriotischen Plattform im Unterschied zu den Kolibris anwachsen, muss man irgendwann einsehen, das man verloren hat.» (Zit. nach Reinle 2014)

18 AfD-PolitikerInnen weisen regelmäßig darauf hin, sie und ihre Partei seien «weder rechts noch links». Es handelt sich bei diesem disclaimer um eine bewährte Diskursstrategie von rechts. Sie folgt aus der begründeten Sorge, eine einmal erfolgte Festlegung auf ein umstrittenes Label könne eine dauerhafte Stigmatisierung und damit einen Nachteil im Parteiwettbewerb bedeuten. Genauso wahr ist aber, dass nicht wenige ExponentInnen der AfD unschwer der politischen Rechten zuzurechnen sind. «Äquidistante» Fälle, die eine Zurechnung zur politischen Linken erlauben würden, sind dagegen nicht bekannt.

Die Parteigründer: Wahlalternative 2013

Dem Gründungsparteitag der AfD im April 2012 ging im Jahr zuvor der Aufruf zu einer Wahlalternative 2013 (WA), maßgeblich getragen von Bernd Lucke, dem Publizisten Alexander Gauland – zwei langjährige CDU-Mitglieder – sowie von Konrad Adam voraus.¹ Lucke und Adam gehören heute zu den Vorsitzenden der AfD, Gauland ist stellvertretender Vorsitzender. Unter den Hauptzeichnern des WA-Aufrufs befanden sich ehemalige BfB-Mitglieder wie Karl Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty und Bruno Bandulet, aber auch Beatrix von Storch und der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel. Dieser war der AfD erst wesentlich später beigetreten und sitzt mittlerweile für die Partei im Europäischen Parlament.

Die Inhalte des WA-Aufrufs entsprechen im Wesentlichen den anfänglichen Schwerpunkten der AfD, das heißt, man stellte die europäische Währungsunion infrage und verteidigte die Souveränitätsrechte der Bundesrepublik gegenüber der EU. Im Gegensatz zur Europakritik etwa des BfB berief sich die WA aber ausdrücklich auf den Vertrag von Maastricht, ferner auf die wirtschaftspolitischen Positionen des 2010 gegründeten Plenums der Ökonomen. Bernd Lucke hatte den Plenumsgründungsauftrag anlässlich der sich auswachsenden Finanzkrise verfasst und insbesondere an Volkswirtschaftler gerichtet. Unter anderem sprach sich das Plenum 2011 gegen eine Verlängerung des Euro-Rettungsschirms aus.² Vier von fünf Mitgliedern des wissen-

schaftlichen Beirats der AfD – dem ausschließlich Volkswirtschaftsprofessoren angehören³ – waren Mitglieder des Plenums beziehungsweise Mitzeichner des Gründungsauftrags.

Nicht zum Plenum gehört einzig das AfD-Beiratsmitglied Roland Vaubel. Er verfasste 2007 einen Artikel, in dem er klassische Überlegungen zum Schutz der «Leistungseliten vor der Tyrannei der Mehrheit» anstellte.⁴ Vaubel und die anderen AfD-Beiratsmitglieder gehörten dann zu den Hauptzeichnern des WA-Aufrufs. Im Gegensatz zu den Stellungnahmen des neoliberalen Plenums erzielte der WA-Aufruf, wohl auch in Wechselwirkung mit der Griechenland-Krise, erhebliche Aufmerksamkeit und führte – nach Versuchen des Brückenschlags zu den Freien Wählern⁵ etwa durch Hans-Olaf Henkel, für die Lucke noch 2013 als dritter Listenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen angetreten ist – schließlich zur Gründung der AfD. Der Parteigründungsprozess bedeutete indes eine Verschiebung vom neoliberalen Reformprogramm des Plenums hin zu einem Bündnis etwa mit dem rechtskonservativen Storch-Netzwerk. Die damit erzielte Gleichzeitigkeit von marktradikalen und nationalistischen Positionen verstärkt die Ähnlichkeit zum früheren BfB über die personellen Verbindungen hinaus.

¹ Website der Wahlalternative 2013, unter: www.wa2013.de.

² Website des Plenums der Ökonomen, unter: www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=375. ³ Website der AfD, unter: www.alternativfuer.de/partei/wissenschaftlicher-beirat/. ⁴ Vaubel, Roland (2007): Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie (1.2.2007), unter: <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17>. ⁵ Berger, Jens (2012): Wahlalternative 2013 – aus den Freien Wählern sollen freie (Markt-) Radikale werden (9.10.2012), unter: www.nachdenkseiten.de/?p=14670.

WER WÄHLT DIE AfD?

Benjamin Hoff und Horst Kahrs sehen in ihren Analysen anlässlich der Ergebnisse der sächsischen und der thüringischen Landtagswahlen im August/September 2014 Orientierungen der Wählerschaft, die sich «bisherigen Erkenntnissen nach am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichen lassen. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest Beobachtungen sowohl von Forsa als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9 Prozent bzw. 9,1 Prozent im Landtag saß. In den neuen Ländern gelang es der Schönhuber-Partei damals nicht, sich parlamentarisch zu etablieren – von ihrem Niedergang profitierte einerseits die NPD, die jedoch für den bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers unwählbar war. In diese seitdem bestehende Lücke stößt nun die AfD.» (Hoff/Kahrs 2014: 8; vgl. auch Hoff 2014)

Soziologisch betrachtet, fehlte genau jener bürgerliche Teil, der den Kern der Klientel der Republikaner in ihren Schwerpunktgebieten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ausmachte, in den ostdeutschen Bundesländern. Im Osten konnte die völkisch-soziale Propaganda der NPD eher wirken als die wohlstandschauvinistische der Republikaner, auch wenn der Rassismus in beiden Argumentationsmustern das zentrale Element war. Die Trennungslinie, so schloss Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, «zwischen den beiden Lagern ist die soziale Schichtzugehörigkeit» – die AnhängerInnen der AfD stammten «eher aus der Ober- und Mittelschicht mit relativ hohem Einkommen und entsprechend hoher Schulbildung, während Sympathisanten

der rechtsextremen Parteien dagegen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung kommen» (zit. nach Werner 2014). Zur Sozialstruktur stellt er fest:

«Die Anhänger der AfD kommen [...] vor allem aus einem bestimmten Segment der deutschen Ober- und Mittelschicht (26 und 53 Prozent). 55 Prozent haben Abitur und/oder studiert und beurteilen die Wirtschaftserwartungen pessimistisch, 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro oder mehr. Vor allem Angestellte (62 Prozent) und Rentner (34 Prozent) finden Gefallen am eurokritischen Kurs der Partei, Selbständige (20 Prozent), Beamte (10 Prozent) und Arbeiter (8 Prozent) eher nicht. Männer stellen über zwei Drittel (69 Prozent) der AfD-Anhängerschaft, Frauen nur 31 Prozent. 24 Prozent sind Katholiken, 29 Prozent Protestanten und 47 Prozent konfessionslos. Meist sind sie verheiratet (57 Prozent) und leben in Orten mit einer Einwohnerzahl von unter 20.000 (42 Prozent). Als politisch rechts schätzen sich 28 Prozent der AfD-Sympathisanten ein, immerhin 17 Prozent als links, und 55 Prozent verorten sich in der Mitte.» (Ebd.)

Nach der Europawahl und der öffentlichen Debatte über das bemerkenswerte Abschneiden der AfD bekomme die Partei nun offenbar auch Zulauf von Angehörigen der unteren Schichten, die bislang eher zur Wahlenthaltung tendierten. Wenn dies aber zutrifft, so ist davon auszugehen, dass in den bisherigen Hochburgen der NPD die AfD von dieser *künftig* vermehrt AnhängerInnen abziehen wird.

Wer sind nun diese AnhängerInnen, die sich bei der AfD wiederfinden? Die starken Überschneidungen zwischen der aktuellen Klientel der AfD und jener der einstigen Republikaner in ihrer Erfolgsphase können in folgenden Hauptkategorien zusammengefasst werden: die angepassten Neo-Nazis, die enttäuschten Wende-WählerInnen,¹⁹ die statusbedrohten Mittelständler, die entfremdeten KleinbürgerInnen, die autoritär orientierten jungen ArbeiterInnen, die Opfer der Zwei-Drittel-Gesellschaft (Klär u. a. 1989).²⁰ In diesem Kontext kann es nicht erstaunen, dass Hoff/Kahrs (2014: 7) am Beispiel der Landtagswahl in Sachsen zu dem Schluss gelangen, dass der Wahlkampf der AfD darauf angelegt gewesen sei, Personen, die gegen die herrschende Politik protestieren wollten, «ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus dem Milieu von CDU, FDP und NPD». Weiter heißt es:

«Zu diesem Zweck widmete sich das Wahlprogramm und der Wahlkampf der AfD denjenigen Themen, die im Spannungsfeld zwischen rechtskonservativ und rechtsextremistisch seit langer Zeit als Angstmacher en vogue sind. [...] Darüber hinaus finden sich [...] Forderungen aus dem Katalog der neuen und alten Rechten.» (Ebd.: 7)

Hingewiesen wird weiter auf eine Reihe von Positionen der AfD, die seit langer Zeit zum Kernbestand der Ideologie der (nicht nazistischen) extremen Rechten gehören, die auch als «Ideologien der Ungleichheit» oder «gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» (Wilhelm Heitmeyer) charakterisiert werden können.

In der Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland wäre demnach die AfD – präzise gesagt – der jüngste Versuch einer nicht nazistischen Parteigründung rechts von den Unionsparteien,

wobei es der erste wäre, dem ein signifikanter Erfolg beschieden ist. Begonnen hatten diese Bemühungen in den 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der «Aktionsgemeinschaft Vierte Partei» (Stöss 1983). Sie endeten vorläufig mit dem «Bund freier Bürger» des ehemaligen FDP-Politikers Manfred Brunner (Schui u. a. 1997). Im Endeffekt sollte an jene Koalitionspartner von CDU und CSU angeknüpft werden, die sich ideologisch rechts von ihr befunden hatten und ab spätestens Ende der 1950er Jahre in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt wurden («Deutsche Partei», «Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten») oder aber sich erfolgreich einem modernisierenden Wandel unterzogen hatten (FDP). Aus eben diesem Grund bestreitet Manfred Güllner auch die Charakterisierung der AfD als «Protestpartei»: Diese werde «gewählt von einem Milieu, das man als rechtspopulistisch bis rechtsradikal identifizieren kann» (zit. nach Werner 2014). Der Forsa-Chef schätzt, dass etwa zehn Prozent der WählerInnen «für ein solches Weltbild anfällig» seien. «Die gehen zeitweilig entweder gar nicht wählen oder parken ihre Stimmen bei anderen Parteien, auch, aber nicht nur, bei der Union – bis es wieder eine für sie attraktive Partei auf der rechten Seite gibt.»²¹

19 Damit sind in diesem Fall Personen gemeint, die AnhängerInnen der von Helmut Kohl zu Beginn der 1980er Jahre propagierten «geistig-moralischen Wende» waren und die nahezu bruchlose Fortführung der Politik der sozialliberalen Koalition durch ihn beklagten. Dieses Argumentationsmuster wird heute von der AfD durch die Behauptung aufgegriffen, die Unionsparteien, besonders die CDU, seien «vollständig versozialdemokratisiert». Demnach besetzt die AfD einen freigegebenen Platz in der «Mitte», um dadurch einen Linkstrend in der Gesamtgesellschaft zu stoppen. **20** Auch die damalige Feststellung, es handele sich bei den betreffenden Gruppierungen weitgehend um «Männerparteien», trifft auf die AfD zu. **21** Vgl. Euro-Kritiker setzen Höhenflug fort – AfD-Wähler sind «rechtspopulistisch bis rechtsradikal» (10.9.2014), unter: www.t-online.de/nachrichten/deutschland/umfragen/id_70962832/forsa-chef-manfred-guellner-afd-waehler-sind-rechtspopulistisch-bis-rechtsradikal-.html.

ZAUBERWORT «IDENTITÄT»

Wird die Frage gestellt, worin diese Attraktivität besteht, so lautet häufig die Antwort, die AfD böte von anderen Parteien enttäuschten WählerInnen eine neue politische «Heimat» samt alternativem Identitätsangebot. Hierbei ist auf Helmut Kellersshohns zutreffende Bemerkung hinzuweisen, wonach es sich um ein Kuriosum handelt, dass sich «Identitätspolitik» zu einem eigenständigen Thema im Wahlprogramm der sächsischen AfD entwickelt hat:

«Zum einen wird die (auf die Region bezogene) «Landesidentität», zum anderen die «Nationalidentität» beschworen. Wer diese nicht hat, neigt erstaunlicherweise zum Extremismus. Schuld an diesem ist also die mangelnde Identifikation mit dem Land, in dem man lebt. Dagegen helfe z. B. ein Geschichtsunterricht, dessen «deutlicher Schwerpunkt» im 19. Jahrhundert liegen soll (1813, 1848, 1871). Das «Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen» sollte «selbstverständlich» sein. Empfohlen werden «weniger Anglizismen» und «mehr deutschsprachige Titel» in Rundfunk und Fernsehen. Gleichzeitig wendet man sich gegen Sprachregelungen und politische Vorgaben bezüglich «Gender- und Gleichstellungsideologie». Insgesamt also ein Plädoyer für eine staatlich gelenkte nationalistische Medienpolitik.» (Kellersshohn 2014b: 10)

Er betont weiter, dass die AfD in diesem Prozess nicht ausschließlich Subjekt sei, sondern ebenso Objekt der strategischen Planung der ExponentInnen der antidemokratischen jungkonservativen Richtung der «Konservativen Revolution» sowie der neueren Bewegung der sogenannten «Identitären». Es sei hier hervor-

gehoben, dass sich auch in Sachsen etliche VertreterInnen dieser Strömung der extremen Rechten finden, die diesen Prozess nach Kräften zu fördern suchen. Entsprechend sieht Kellersshohn (ebd.) in der «völkischen Ideologie» – neben einer «Politik für den Mittelstand» im Sinne des Nationalliberalismus und einer Orientierung an «christlichen Werten mit einer traditionalistischen bis fundamentalistischen Prägung» – den dritten Eckpunkt der Programmatik der AfD, diese jedoch «nicht im Sinne der alten völkischen Bewegung, sondern in einem modifizierten Sinne, nämlich vermittelt über die jungkonservative Lesart des völkischen Nationalismus, die bei aller Betonung der «ethnischen Kontinuität» als Basis der Nation stärker das willentliche, subjektive Element hervorhebt» (ebd.). Kellersshohn beschreibt damit das Ergebnis eines – von der AfD beeinflussten – Modernisierungsprozesses der Ideologie der extremen Rechten. Die Zentralität dieses Themenkomplexes unterstreicht der AfD-Mitbegründer und Vorsitzende der «Konservativen Avantgarde» Martin E. Renner (2014) mittels einer Negativbeschreibung:

«Grundlagen der Bestandsaufnahme der politischen Realität in Deutschland und die Feststellung der Verstöße gegen die eigene – deutsche – Identität waren und sind: Abwendung der etablierten Politik vom Rationalen. Vermoralisierung der Politik. Selbstüberforderung. Verzicht auf nationale Selbstbestimmung. Verzicht auf entschlossene Selbstbehauptung und auf Selbstbewahrung. Verzicht auf Selbstbewusstsein. Kultivierung und Instrumentalisierung von Angst. Zerrüttung des Bürgerlichen, der Familie und der gesellschaftlichen Normativität.»

Es ist *diese* Normativität, die in Gestalt einer spezifischen Familien- und Bildungspolitik jüngst an vorderster Stelle auch im Wahlprogramm für Sachsen nachzulesen war: Die «Kernfamilie» sei «die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft».²² Die in diese Richtung orientierte Erweiterung der AfD-Positionen, die sich seit spätestens Anfang des Jahres 2014 angekündigt hatte (siehe oben), ist somit zum Kernbestand der Parteiprogrammatik, der vermeintliche «Testballon» zum Normalfall geworden. In diesem Sinne hieß es im sächsischen Wahlprogramm weiter, man trete für eine Konfliktberatung für Schwangere ein, «die sich vordergründig dem Lebensschutz verpflichtet fühlt»; ebenfalls wende man sich gegen eine «weitergehende Gleichstellung der sog. «Homoehe» sowie die Adoption von Kindern durch Homosexuelle». Noch konkreter wurde Sachsens AfD-Chefin Frauke Petry: Die Aufgabe bestehe aus ihrer Sicht darin, «das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen». Wünschenswert sei, wenn jede «deutsche Familie über drei Kinder verfüge» (zit. nach Burkhardt 2014). Als Anreiz hierfür ist im Wahlprogramm die Einführung eines Familienwahlrechts vorgesehen. Die Forderung war allerdings in den eigenen Reihen offensichtlich umstritten: In einer kommentierten Fassung des Programmentwurfs wurde zu bedenken gegeben, das Familienwahlrecht würde «wohl eher dem Prekariat [dienen], das es nicht verantwortungsvoll zu nutzen wüsste».²³ Neben der Förderung der «Kernfamilie» empfiehlt die sächsische AfD ferner eine «Bildungsoffensive», unter anderem durch Verzicht auf «gesell-

schaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie «Gender Mainstreaming»», sowie eine «Früh- und Hypersexualisierung» durch zu zeitigen Sexualkundeunterricht sowie die «indoktrinäre Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrplaninhalte». Zum Thema Inklusion heißt es offiziell: «Kinder mit erhöhtem Förderbedarf sollen mittels differenzierter Angebote genauso individuell unterstützt werden wie Begabte und Hochbegabte.» Über die eigentliche Zielrichtung gibt der abweichende Programmentwurf Auskunft: Da ist die Rede von «Reihenuntersuchungen» bei Schulkindern und davon, dass eine «Eingliederung von Schülern mit Lern- oder komorbiden Schwächen» unterbleiben solle – schließlich sei die Förderung Begabter «dringlicher als die Förderung Unbegabter», sprich: «Körper- und geistig behinderte Schüler» sollten besser «nicht gemeinsam mit vollständig gesunden» Kindern lernen.

Schon diese wenigen Punkte zeigen an, dass Familien- und Bildungspolitik hier auch Elemente einer übergreifenden und hochrestriktiven Biopolitik sind. Legt man die noch deutlichere Einlassung Petrys zum Überleben von Volk und Nation zugrunde, drängt sich die Vermutung auf, dass hier auf ethnische Kontinuität abgezielt wird.²⁴ Diese stehe, so lässt sich das Wahlprogramm

²² Diese und weitere Zitate aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen sind entnommen aus: AfD Sachsen: Wahlprogramm 2014, unter: http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf. ²³ Diese und weitere Zitate aus früheren Entwurfsfassungen für das Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen werden seit dem 31. August 2014 durch die Gruppierung «Anonymous Österreich» in loser Folge im Internet veröffentlicht. Die Authentizität wurde bestätigt (vgl. hierzu Ritter/Eicke 2014). ²⁴ Zu den von neurechter Seite beförderten Übergängen zum völkischen Nationalismus gibt es beachtenswerte Hinweise in Kellershohn (2014b).

lesen, auch insoweit infrage, als «die ungesteuerte Einwanderung über Familiennachzug, Duldungsmechanismen und durch laxe Auslegungen des Asylrechts zunimmt». In der Tat war die Warnung vor einer «Zuwanderung in die Sozialsysteme» der Wahlkampfschlager im Sommer 2014. Die AfD schlägt in ihrem Wahlprogramm eine «aktivierende Integrationspolitik» vor: Aufgezählt werden «verpflichtende Sprachkurse», wobei die Nichtteilnahme «durch empfindliche Kürzung der Sozialleistungen»

zu sanktionieren sei, sowie das Ableisten einer – offensichtlich auf Prekarität programmierten – «Bürgerarbeit für arbeitslose Migranten», die «ähnlich den sog. 1-EUR-Jobs» zu vergüten sei. Auch hier gingen vorherige Programmwürfe noch wesentlich weiter: Demnach sollte das Kindergeld für nicht deutsche StaatsbürgerInnen dem üblichen Kindergeldsatz im Herkunftsland entsprechen, «keinesfalls aber mehr als 75 Prozent des Satzes für deutsche Staatsbürger» betragen.

Solche Vorschläge werden selbst dort adressiert, wo die AfD vordergründig von etwas ganz anderem spricht, etwa von der Stärkung direktdemokratischer Verfahren und der Senkung von Hürden für Volksbegehren. Die Einführung dieser Instrumentarien forderte sie an einer Stelle in ihrem sächsischen Wahlprogramm. An einer anderen Stelle wurde präzisiert, worüber eigentlich abzustimmen sei: «Großmoscheen» mit Minaretten. Solche Bauten würden «tief in das Stadtbild eingreifen» und müssten daher «von der ansässigen Bevölkerung» akzeptiert werden. Keinesfalls dürfe «Bürgerprotest» – der in Sachsen als schon vorhanden vorausgesetzt werden darf – delegitimiert werden, vielmehr seien «Willkürentscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg» zu vermeiden.

Es lohnt sich, hier genauer zu betrachten, wovon die AfD *konkret* spricht: In Leipzig will die Ahmadiyya-Gemeinde – ihre Mitglieder sind Teil der «ansässigen Bevölkerung» – ein Gebetshaus errichten. Es ist der derzeit einzige Moscheebau in Sachsen. Am Ende soll keine Großmoschee entstehen, sondern eine der kleinsten Moscheen deutschlandweit. Die vorgesehenen Minarette sollen reine Zierde sein, der Standort ist zentrumsfern. Hinsichtlich der Bauplanung kann von einer «Willkürentscheidung» ebenso wenig die Rede sein wie von einem «Eingriff ins Stadtbild». Das einzige, was es *tatsächlich* gibt, ist ein sogenannter Bürgerprotest, der seit Anbeginn maßgeblich durch die NPD befördert wird. Vor einer Weile wurde auf dem Baugelände ein Schweinekopf abgelegt.

Es kann völlig dahinstehen, dass die Abstimmung über die angebliche «Groß-

moschee» faktischer Unsinn ist. Dahinter zeigt sich aber jene Logik, aus der heraus für die AfD direktdemokratische Verfahren – im Wahlkampf mit Hinweis auf die Schweiz beworben – nützlich sind: So kann man sich die Negation der Interessen einer Minderheit durch die übergroße Mehrheit, die auf parlamentarischen Wege schwerer zu erreichen wäre, mandatieren lassen. Bei dem bedarfsweisen Appell an ein Massenressentiment,²⁵ durch dessen Anrufung die Entscheidungen regulärer, formaldemokratisch legitimierter Verfahren unterlaufen werden soll (und sei es nur eine Baugenehmigung), handelt es sich übrigens um eine *populistische* Methode im Wortsinne. Auch hier gilt es jedoch, den Blick auf den Inhalt zu wahren: Die sächsische AfD-Chefin Petry kann sich auch ein Referendum für eine Reform des Strafgesetzbuchparagrafen 218 vorstellen, offensichtlich im Namen des «Lebensschutzes».²⁶

Die Identitäts- und ethnopolitischen Positionen der AfD erweisen sich letztlich als komplementär zu ihrer sogenannten Familien- und Bildungspolitik: In beiden Bereichen besteht die Handlungslogik in einer Normierung und Sortierung von Menschen nach distinkten Regeln (Sexualität, Gesundheit, Ethnie, Religion, Klassenlage usw.), deren Anwendung zumindest auf eine Marginalisierung der *Anderen* zielt, wenn nicht sogar auf deren tatsächlichen Ausschluss (aus dem

²⁵ Aufschlussreich ist, dass ein ähnlicher Einwand wie gegen das Familienwahlrecht, es nütze dem «Prekariat» (das die AfD elektoral weniger bevorzugt), im Fall einer solchen Volksabstimmung nicht bekannt ist. ²⁶ Die religiöse Fundierung zumindest einflussreicher Teile des AfD-Personals und ihrer Positionen ist beachtlich (vgl. hierzu Klatt 2014). Vgl. zur AfD als bedeutsamem Träger der Lebensschutz-Idee Sanders u. a. 2014: 85f.

Bereich akzeptierter Lebensformen, von der Teilnahme am regulären Schulunterricht, aus dem Sozialsystem, aus dem «Stadtbild»). Die Kriterien, nach denen die AfD über die aus ihrer Sicht angezeigte Zu- und Aberkennung von Privilegien entscheiden will, sind eine geradezu ka-

talogartige Aufzählung von Merkmalen, die als «gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» bezeichnet werden könnten. Eine nach solchen Regeln stratifizierte Gesellschaft wäre – und auf diese Richtung verwies Marc Jongen (siehe oben) – offen reaktionär.

Die öffentlich gemachten Dokumente der sogenannten Landesfachausschüsse der sächsischen AfD, die der Vorbereitung der Verabschiedung des Landtagswahlprogramms dienen sollten, unterstreichen nachdrücklich, dass – wie bei jeder anderen politischen Organisation auch – eine Untersuchung der öffentlichen Programmatik der betreffenden Formation nicht hinreicht, um zutreffende Aussagen zu ihrer Ideologie zu treffen. Zwar verweist die AfD berechtigt darauf, dass beispielsweise einige behindertenfeindliche Passagen des Entwurfs des Wahlprogramms nicht in das endgültige Dokument übernommen worden seien, doch erfolgte die Streichung offenbar aus taktischen Erwägungen. Hinter dem gestrichenen Abschnitt heißt es aufschlussreich: «Das ist vermintes Gelände.» Nicht minder gilt das für das Themenfeld der inneren Sicherheit, für das die sächsische AfD aber mehr Expertise aufgeboten hat: An den «Programm-Thesen der AG Innere Sicherheit», gleichfalls eine Zuarbeit für das Landtagswahlprogramm, haben mit dem jetzigen Abgeordneten Sebastian Wippel sowie Jens Kuprat zwei Polizeibeamte mitgearbeitet. Auch ein Koautor, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Mittelsachsen, ist Beamter. Der berufliche Hintergrund wird an dieser Stelle betont, da das Ergebnis ihrer Arbeit das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz erstmals zu einer öffentlichen Äußerung über die AfD veranlasste. Sein Sprecher Martin Döring stufte «Teile der Dokumente als verfassungswidrig ein». In Medienberichten hieß es hierzu: «Bedenklich sei vor allem die Überlegung, den deutschen Telekommunikationsverkehr zur Gefah-

renabwehr abzuhören. Der Verfassungsschutz sieht eine Passage über eine stärkere Telefonüberwachung kritisch, weil darin das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angegriffen werde», wobei Döring wörtlich zitiert wird: «Nur in ganz engen Grenzen darf ja in dieses Grundrecht eingegriffen werden, und wenn Personenzusammenschlüsse meinen, dieses Recht spielt keine Rolle mehr, dann wird ein elementares Grundrecht, ein elementares Menschenrecht infrage gestellt.» Würden diese Vorschläge weiter verfolgt werden, könnte die AfD, laut Döring, unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes fallen (zit. nach Bombeck 2014).

Auch der Vorstand der Leipziger Strafverteidiger e. V. meldete sich zu dieser Frage mit einer mehrseitigen Stellungnahme zu Wort. Er sieht in den Forderungen der AfD «einen massiven Angriff auf den Rechtsstaat und die grundgesetzlich garantierten Rechte jedes Bürgers». Die Positionen stünden in einem «eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien des deutschen Strafrechts», seien mithin «unvereinbar mit den Prinzipien eines Rechtsstaates.²⁷

Es ist davon auszugehen, dass die AfD künftig gezielter darauf setzen wird, mehrere Themen und Diskurse noch stärker miteinander zu verknüpfen. Die innere Sicherheit allgemein, in Sachsen ohnehin dauerhaft mediales Thema wegen des geplanten massiven Stellenabbaus bei der Polizei und der langen Dauer von justiziellen Verfahren, sowie die sogenannte Grenzkriminalität – und hier insbesondere der Drogenhandel (Bei-

²⁷ Vgl. Stellungnahme vom 8.9.2014, unter: www.leipziger-strafverteidiger.de/stellungnahmen/.

spiel: Crystal Meth) – wird mit dem Thema Einwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen zusammengebracht. Ähnliche Bündelungsversuche waren vormals schon in anderen Strömungen des Parteiensystems zu beobachten, teils in der CDU/CSU und FDP, teils in Form eigenständiger Parteien. Allerdings konnten sie in der Vergangenheit *als solche* keine politische Wirkungsmacht erringen.

Die neue Situation besteht nunmehr darin, dass die AfD durch ihren gleich mehrfachen Eintritt in den parlamentarischen Betrieb sowohl materielle Ressourcen als auch diskursive Deutungsmacht hinzugewonnen hat – und wie es aussieht: auf Dauer. Davon hat sie selbst in Sachsen bereits stärker profitiert, als die NPD es sich je erhoffen konnte. Die am deutlichsten rechts stehenden Landesver-

bände, nämlich die ostdeutschen, sind zwar im Verhältnis zur Gesamtpartei relativ mitgliederschwach. Mit ihren Wahlerfolgen haben sie ihren bundespolitischen Einfluss jedoch deutlich erhöhen können und damit die Gesamtpartei weiter nach rechts rücken lassen. Falls sich diese Tendenz durchsetzen wird, so wird die AfD tatsächlich werden, was sie heute nicht sein will: eine Partei der extremen Rechten.

Felix Korsch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und freier Journalist in Leipzig. Er forscht und publiziert schwerpunktmäßig zur außerparlamentarischen und extremen Rechten.

Volkmar Wölk lebt im sächsischen Grimma und schreibt seit Mitte der 1980er Jahre für antifaschistische Medien

Die aktuelle Fraktionierung der Partei

Deutlicher als einst der BfB grenzt sich die AfD gegen die extreme Rechte ab. Tatsächlich spricht auch nichts dafür, Lucke und andere prominente Parteifunktionäre in dieser Richtung zu verorten. Das trifft womöglich aber nicht auf sämtliche der aktuell mehr als 20.000 Mitglieder zu.¹ Kurz vor der Bundestagswahl 2013 zitierte *Der Spiegel* den Gründer und damaligen Vorsitzenden der islamfeindlichen Partei «Die Freiheit», René Stadtkewitz, mit der Einschätzung, es seien bereits 350 seiner Mitglieder zur AfD gewechselt. Dort «besetzen sie Posten in mehreren Landesvorständen und kandidieren auf

Landeslisten».² Die AfD reagierte mit einem Aufnahmestopp, dessen Erfolg nicht nachprüfbar ist und der prompt innerparteilicher Kritik ausgesetzt war.³ Dies ist auch Ausdruck des innerparteilich keineswegs geklärten Stellenwerts der «Islamkritik», die bis dahin aus dem Sprachgebrauch der Partei herausgehalten wurde. Ende Oktober 2013 veröffentlichte Bernd Lucke ein Rundschreiben mit ambivalenten Thesen zum Islam.⁴ Anfang 2014 zeigte aber eine Mitgliederumfrage in Bayern, dass ein erheblicher Teil der Basis bereit ist, weit eindeutigeren, bis hin zu offen islamfeindlichen Thesen zuzustimmen.⁵

Einige ehemalige «Freiheit»-Mitglieder stehen im Übrigen der Patriotischen Plattform nahe, die sich aktuell als AfD-nahes Netzwerk formiert und eine Duldung als parteiinterner Zusammenschluss anstrebt.⁶ Die Plattform-Gründer kommen schwerpunktmäßig aus den als eher konservativ geltenden Landesverbänden Baden-Württemberg und Sachsen. In einem Diskussionsbeitrag auf der Plattform-Website wird der Islam bejaht – allerdings unter den Bedingungen einer «deutschen Leitkultur».⁷ Auf der zugehörigen Facebook-Seite wird behauptet, Karl Albrecht Schachtschneider sei Unterstützer der Plattform.⁸ Das Gruppenprofil lässt die plausible Vermutung zu, dass sich in Zukunft der «rechte» AfD-Flügel im Umfeld der Plattform sammeln könnte. Zu deren Gründungsmitgliedern gehören auch Personen, die im Nachwuchsverband Junge Alternative (JA) aktiv sind. JA-Bundessprecher Philipp Ritz stellte sich dem neurechten Online-Magazin Blaue Narzisse für ein Interview zur Verfügung.⁹ Auf der Website des JA-Landesverbandes Baden-Württemberg wird über einen Besuch im «freiheitlich-konservative[n] Studienzentrum Weikersheim» berichtet,¹⁰ das gleichfalls dem Netzwerk der Neuen Rechten zugerechnet wird.

Als Gegengewicht hatte sich neben dem geräuschlosen Arbeitskreis Christen zwischenzeitlich der parteiinterne Zusammenschluss Kolibri («Konservative und Liberale») konstituiert, der in einem Selbstdarstellungstext zu «Toleranz gegenüber anderen Ethnien, Glaubensrichtungen oder Lebens-

entwürfen» aufruft.¹¹ Im Kontext der homophoben Mobilisierung in Baden-Württemberg Anfang des Jahres wurde berichtet, Kolibri wolle künftig «bibeltreuen Freunden die Stirn bieten».¹² Das sorgt teils für grobes Missfallen, das auf der anonym betriebenen Website «Kolibri-Watch»¹³ Ausdruck findet. Dort wird dem Netzwerk liberaler Funktionäre – zu dessen Mitinitiatoren Joachim Starbatty gehört – vorgeworfen, auf eine «FDP 2.0» hinzuwirken. Der Flügelkampf gilt als unausgetragener, in den elektoral erfolgreichen ostdeutschen Landesverbänden Sachsen, Thüringen und Brandenburg dominiert augenscheinlich die Linie der Patriotischen Plattform.

1 Offizielle Mitgliederzahlen veröffentlicht die AfD-nahe Website «Das Berliner Forum» unter: www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/374-afd-jetzt-bei-über-20-000-mitgliedern.html. 2 Anti-Euro-Partei: AfD-Landesverbände fürchten rechte Unterwanderung (1.9.2013), unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-landesverbaende-fuerchten-rechte-unterwanderung-a-919706.html. 3 AfD verteidigt Aufnahmestopp für «Die Freiheit»-Mitglieder (8.2.2013), unter: <http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2013/afd-verteidigt-aufnahmestopp-fuer-die-freiheit-mitglieder/>. 4 Veröffentlicht unter anderem auf der Website von Freie Welt: www.freiewelt.net/alles-was-sie-schon-immer-uberafd-und-islam-wissen-wollten-von-bernd-luckealles-was-sie-schon-immer-uber-afd-und-islam-wissen-wollten-vonbernd-lucke-10014937/. 5 AfD steuert in islamfeindliches Fahrwasser (23.1.2014), unter: www.endstationrechts-bayern.de/2014/01/afd-steuert-in-islamfeindliches-fahrwasser/. 6 Website der Patriotischen Plattform, unter: www.patriotische-plattform.de/. 7 Hickethier, Ralf: Neu denken (4.2.2014), unter: www.patriotische-plattform.de/neu-denken/. 8 Eintrag auf der Facebook-Website der Patriotischen Plattform vom 16.2.2014, unter: www.facebook.com/PatriotischePlattform. 9 Clemens, Carlo (2014): Verstand statt Ideologie (Interview mit Philipp Ritz), in: Blaue Narzisse, 6.2.2014, unter: www.blauenarzisse.de/index.php/geschichte/item/4412-verstand-statt-ideologie. 10 JA Baden-Württemberg: Zu Gast beim Studienzentrum in Weikersheim (14.9.2013), unter: <http://jabw.wordpress.com/2013/09/14/jabaden-wuerttemberg-zu-gast-beim-studienzentrum-weikersheim/>. 11 Website des Zusammenschlusses Kolibri, unter: www.kolibri-afd.de/ueber-uns/. 12 Amann, Melanie (2014): Erzkonservative in der AfD: Auf Stimmenfang bei den Homophoben, in: Der Spiegel, 18.1.2014, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/homophobie-in-der-afd-auf-stimmenfang-bei-den-erzkonservativen-a-944205.html. 13 Website von Kolibri Watch.

LITERATUR

Art, David (2011): Inside the Radical Right: The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Cambridge.

Blank, Bettina (2014): «Deutschland, einig Antifa?» «Antifaschismus» als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden.

Bombeck, Pauline (2014): AfD-Dokumente teils verfassungswidrig, in: Mephisto, 4.9.2014, unter: <http://mephisto976.de/news/45206>.

Breuer, Stefan (2006): Max Webers tragische Soziologie. Aspekte und Perspektiven, Tübingen.

Burkhardt, Ewert (2014): Petry will Volksentscheid über Abtreibung, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 21.8.2014, unter: www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung.

Czada, Jan (2013): Die AfD: Eine Partei rechts der Mitte (22.10.2013), unter: <http://europablog.net/post/64788175211/die-afd-eine-partei-rechts-der-mitte>.

Dubiel, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus, in: ders. (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt am Main, S. 33–50.

Frerks, Sören/Kovahl, Ernst (2013): Sprung in die Parlamente, in: Der Rechte Rand 145/2013, S. 8–9.

Häusler, Alexander (2013): Die «Alternative für Deutschland» – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Hebel, Christina/Kämper, Verena (2014): Mölzer-Abend der AfD in Leipzig: Sachsen-Wahlkampf am braunen Rand, in: Spiegel Online, 15.8.2014, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-laedt-zum-abend-mit-andreas-moelzer-in-leipzig-a-986281-druck.html.

Hoff, Benjamin (2014): Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 – Wahlbericht, Berlin.

Hoff, Benjamin/Kahrs, Horst (2014): Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, Berlin, S. 7–8.

Jesse, Eckhard (2010): Die NPD und die Linke: Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2009, Bd. 21, Baden-Baden, S. 13–31.

Jesse, Eckhard (2011): Wahlen 2009, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2010, Bd. 22, Baden-Baden, S. 103–125.

Jongen, Marc (2014): Das Märchen vom Gespenst der AfD (22.1.2014), unter: www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894.

Kellershohn, Helmut (2014a): Die AfD als «Staubsauger» und «Kantenschere» – Turbulenzen im jungkonservativen Lager, Duisburg.

Kellershohn, Helmut (2014b):

«Konservative Volkspartei» – Über das Interesse der jungkonservativen Neuen Rechten an der AfD, Duisburg.

Kemper, Andreas (2013): AfD gegen «Multikulti-Umerziehung», in: Der Freitag, 10.4.2013, unter: www.freitag.de/autoren/andreas-kemper/afd-gegen-multikulti-umerziehung.

Klär, Karl-Heinz/Ristau, Malte/

Schoppe, Bernd (1989): Sozialstruktur und Einstellungen von Wählern rechtsextremer Parteien. Bd. III: Die Wähler der extremen Rechten, Bonn.

Klatt, Thomas (2014): AfD – die christliche Alternative für Deutschland?, 15.9.2014, unter: <http://aktuell.evangelisch.de/artikel/93477/afd-die-christliche-alternative-fuer-deutschland>.

Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2014): «Wenn ich benenne, was Menschen umtreibt, bin ich Demokrat.» Der Wahlkampfauftritt der «Alternative für Deutschland» (AfD) zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg, Potsdam.

Loos, Tilman (2014): Einblick. Zahlen und vorsichtige Analysen zum Ausgang der Bundestagswahlen 2013 in Sachsen und Leipzig, Leipzig.

Lucke, Bernd (2014): Richtigstellung der Berichterstattung über meine Äußerungen zum Fall Hitzlsperger (13.1.2014), unter: www.alternativefuer.de/2014/01/13/richtigstellung-der-berichterstattung-ueber-meine-aeusserungen-zum-fall-hitzlsperger/.

Lucke, Bernd/Gauland, Alexander/Starbatty, Joachim (2014):

Europawahlthesen der zweiten Sitzung der Großen Europakommission in der AfD (15.1.2014), o. O.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

(2013): Arbeitspapier für die Hand der Bildungsplankommissionen als Grundlage und Orientierung zur Verankerung der Leitprinzipien – Bildungsplanreform 2015/2016, Stuttgart, unter: www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf.

Müller, Manfred (2010): Konservative formieren sich in Thiendorf, in: Sächsische Zeitung, 29.3.2010.

Müssigmann, Lena (2014): Sexuelle Vielfalt im Unterricht: Herr Stängle wittert Unfreiheit, in: die tageszeitung, 2.1.2014, unter: www.taz.de/1130274/.

Neurer, Dietmar (2014): Sachsen-AfD zieht Spitzenpolitiker aus dem Verkehr, in: Handelsblatt, 25.6.2014, unter: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/landtagswahlen-2014/wegen-behindertenfeindlicher-aeusserung-sachsen-afd-zieht-spitzenpolitiker-aus-dem-verkehr/v_detail_tab_print/10102512.html.

Plehwe, Dieter (2014): Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die europäischen Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, S. 63–72.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main.

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main.

Reinle, Dominik (2014): Ex-AfD-Mitglied im Interview – «Die Partei driftet nach rechts ab», 11.9.2014, WDR, unter: <http://www1.wdr.de/themen/politik/afd218.html>.

Renner, Martin E. (2014): Die programmatische Agenda und politische Vision der AfD, 10.9.2014, unter: www.blu-news.org/2014/09/10/die-programmatische-agenda-und-politische-vision-der-afd/.

Ritter, Verena/Eicke, Patrick (2014): Von Anonymous veröffentlichte Daten echt, in: Mephisto, 3.9.2014, unter: <http://mephisto976.de/news/von-anonymous-veroeffentlichte-daten-echt-45186>.

Sanders, Eike/Jentsch, Ulli/Hansen, Felix (2014): «Deutschland treibt sich ab.» Organisierter «Lebensschutz», christlicher Fundamentalismus, Antifeminismus, Münster.

Schmidt, Robert (2014a): Aktivisten mit Neonazi-Hintergrund in der Sachsen-AfD, in: ZEIT Online, 29.9.2014, unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/09/09/aktivisten-mit-neonazi-hintergrund-in-der-sachsen-afd_16971.

Schmidt, Robert (2014b): Rechtes AfD-Labor, in: Kreuzer, 1.9.2014, unter: <http://kreuzer-leipzig.de/2014/09/01/rechtes-afd-labor>.

Schui, Herbert u. a. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.

Stöss, Richard (1983): Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, in: ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1, Opladen, S. 336–366.

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. rev. Auflage, Tübingen.

Werner, Alban (2013): Keine Alternative(n) für Deutschland und Europa. Eine oppositionstheoretische Analyse deutscher Eurokritik in der Krise, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Keine_Alternative-n.pdf.

Werner, Mathes (2014): Forsa-Analyse: Wer die AfD wählt, in: stern, 4.6.2014, unter: www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-2115316.html.

Wiegel, Gerd (2013): Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Aufstieg_des_Rechtspopulismus_auch_in_Deutschland.pdf.

Wolf, Tobias (2014): Die AfD auf dem rechten Weg?, in: Sächsische Zeitung, 4.9.2014.

AKTUELLE PUBLIKATION



NEONAZISTISCHE MOBILMACHUNG IM ZUGE DER KRISE DER AUFSTIEG DER NAZIPARTEI GOLDENE MORGENRÖTE IN GRIECHENLAND

Von Dimitris Psarras

Reihe Analysen, September 2013

ISSN 2194-2951

Download unter: www.rosalux.de/publication/39832

Der Aufstieg der Goldenen Morgenröte zeigt das rechte Potenzial, das in einer Gesellschaft schlummert und unter bestimmten Umständen von der extremen Rechten genutzt werden kann. Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit seit 2010 in Griechenland einhergehenden extremen sozialen Verwerfungen bereiteten den Boden für den Aufstieg der griechischen Neonazis.

Publikationen der Reihe Analysen können bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden: bestellung@rosalux.de.

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 13; 2., aktualisierte und erweiterte Auflage
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

www.rosalux.de

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Dezember 2014

Layout/Herstellung: MediaService GmbH

Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling

**«Die AfD ist eine Partei
der Rechten mit bestimmten
extrem rechten Tendenzen
im Hinblick auf ihre Inhalte
und ihr Personal.
Dagegen ist die Frage nach
ihrem «Populismus» weit
weniger wichtig.»**

FELIX KORSCH UND VOLKMAR WÖLK

